

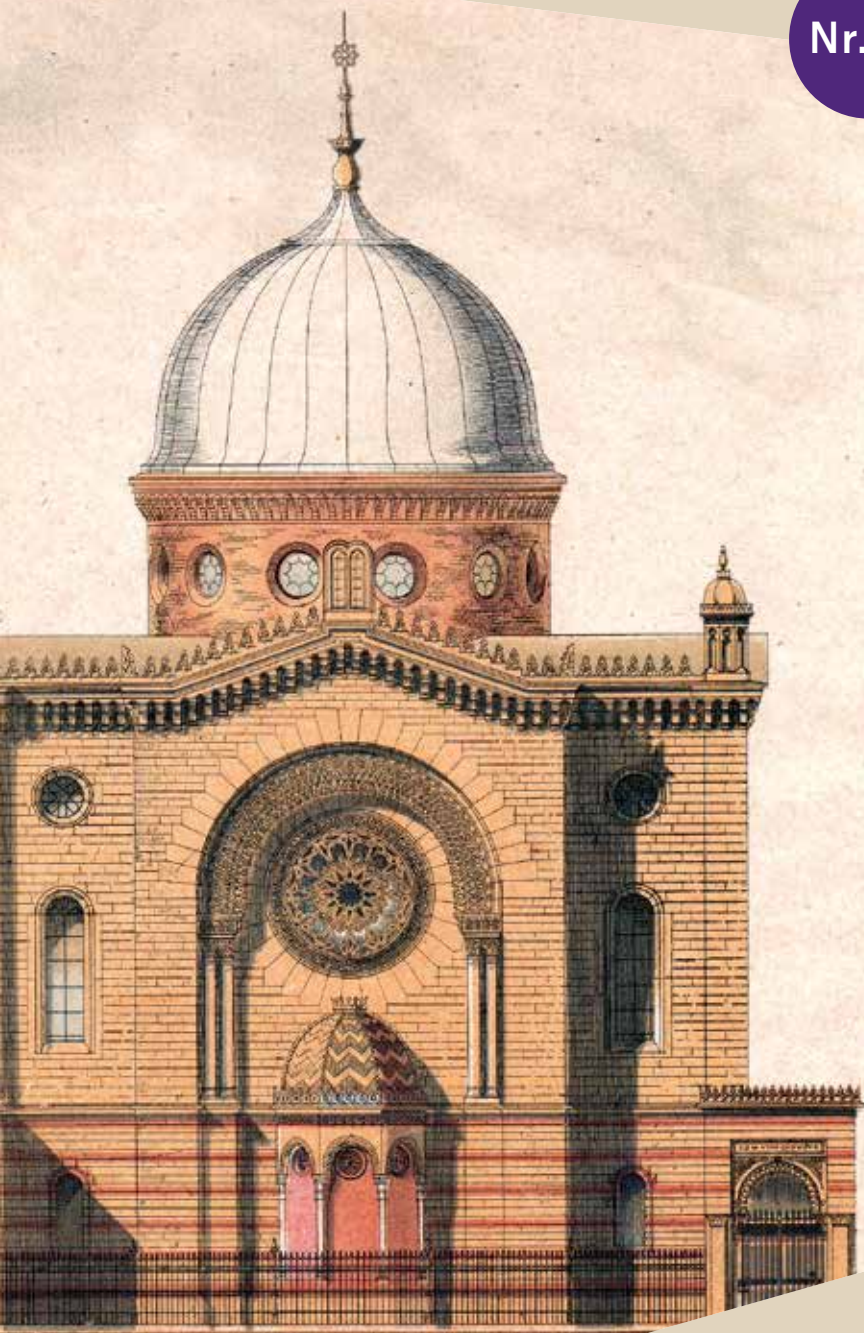
# RUNDBRIEF

April 2021



WÜRTEMBERGISCHER  
GESCHICHTS- UND ALTERTUMSVEREIN

Nr. 31



JÜDISCHES LEBEN IN WÜRTEMBERG

REINHOLD MAIER (1889–1971):  
BADEN-WÜRTEMBERGS ERSTER  
MINISTERPRÄSIDENT

DAS ALTE WÜRTEMBERG IN BILDERN

SCHWIERIGES ERBE – LINDEN-MUSEUM  
UND WÜRTEMBERG IM KOLONIALISMUS

1700 JAHRE JÜDISCHES LEBEN IN  
DEUTSCHLAND – AUSSTELLUNGEN IN  
STUTTGART

DIE ZIRKUMSKRIPTIONSBULLE PROVIDA  
SOLERSQUE VON 1821: DIE ERRICHTUNG  
DER OBERRHEINISCHEN KIRCHENPROVINZ  
UND DER DIÖZESE ROTTENBURG

- 3 **THEMA IM FOKUS**  
Jüdisches Leben in Württemberg
- 9 **MITTEILUNGEN**
- 13 **AUS DER LANDESGESCHICHTE**  
Reinhold Maier (1889–1971):  
Baden-Württembergs erster  
Ministerpräsident  
  
Das alte Württemberg in Bildern:  
Ansichten württembergischer Städte  
von Carl Dörr und Wenzel Hollar  
  
Schwieriges Erbe –  
Linden-Museum und Württemberg  
im Kolonialismus. Eine Werkstatt-  
ausstellung  
  
1700 Jahre Jüdisches Leben  
in Deutschland:  
Ausstellungen im Hauptstaatsarchiv  
Stuttgart und Stadtarchiv Stuttgart
- 25 **SCHÄTZE DES ARCHIVS**  
Die Zirkumskriptionsbulle  
*Provida Solersque* von 1821:  
Die Errichtung der Oberrheinischen  
Kirchenprovinz und der Diözese  
Rottenburg
- 28 **IMPRESSUM**
- 29 **NEUE VERÖFFENTLICHUNGEN**
- 30 **HINWEISE AUF HISTORISCHE  
AUSSTELLUNGEN**
- 31 **PREISRÄTSEL ZUR LANDES-  
GESCHICHTE**
- 32 **GESTERN GEPLANT –  
HEUTE VERWAIST**



Liebe Mitglieder und Freunde unseres Vereins,

Sie halten zum zweiten Mal einen Rundbrief in den Händen, in denen das bewährte und von vielen von Ihnen mit Freude erwartete Sommerprogramm fehlt. Die Erfahrungen der letzten Monate waren deprimierend, haben wir doch wiederum einen Teil der geplanten Veranstaltungen absagen müssen. Glücklicherweise konnten einige der Vorträge im Winterhalbjahr „ins Digitale“ übernommen werden. Es hat mich sehr gefreut, dass die Angebote eine so gute Resonanz erfahren haben und es auch Mitgliedern, die nicht in Stuttgart und Umgebung wohnen, auf diese Weise möglich war, an den Aktivitäten des Vereins teilzuhaben. Auch wenn wir uns alle wieder sehr auf Präsenzveranstaltungen und persönliche Begegnungen freuen, werden wir sicher auch in „normalen“ Zeiten das eine oder andere Online-Angebot beibehalten.

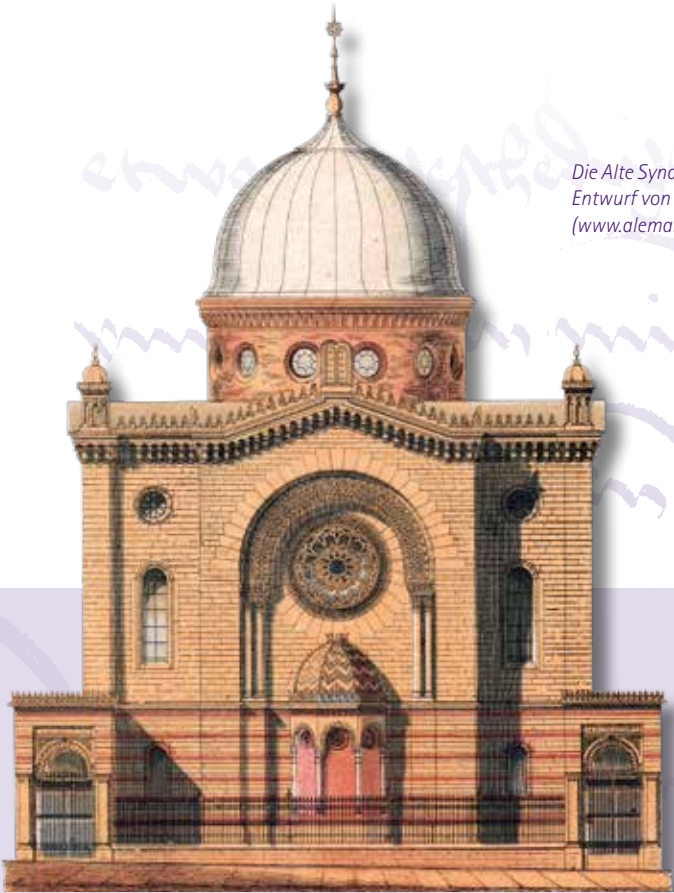
Wir hoffen, dass es im Laufe des Sommers möglich sein wird, zumindest einige Führungen und Exkursionen anzubieten (siehe dazu auch den Hinweis bei den „Mitteilungen“). Wir werden Sie rechtzeitig informieren.

Der vorliegende Rundbrief greift einige bedeutende Erinnerungsjahre auf. 2021 kann jüdisches Leben in Deutschland auf eine 1700-jährige Geschichte zurückblicken. Dem jüdischen Leben in Württemberg ist die Titelgeschichte gewidmet; zwei Ausstellungen in Stuttgart befassen sich mit Aspekten jüdischen Lebens. Vor 50 Jahren starb Reinhold Maier, der erste Ministerpräsident Baden-Württembergs, und mit der päpstlichen Bulle *Provida solersque* von 1821 wurde der Grundstein zur Errichtung der Oberrheinischen Kirchenprovinz gelegt.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre  
und grüße Sie herzlich

Dr. Nicole Bickhoff  
Vorsitzende

## JÜDISCHES LEBEN IN WÜRTTEMBERG



*Die Alte Synagoge in Stuttgart,  
Entwurf von Gustav Adolf Breyman, 1859  
([www.alemannia-judaica.de](http://www.alemannia-judaica.de))*

reichsweit als „Kammerknechte“ (servi camere nostri) seinem Schutz gegen die Zahlung von Schutzgeldern. Mit dem Interregnum nach Friedrichs Tod und dem damit verbundenen Verfall der kaiserlichen Macht ging die Kammerknechtschaft nach und nach auf die weltlichen und geistlichen Territorialherrschaften und die Reichsstädte über. An die Stelle einer einheitlichen Herrschergewalt trat eine Vielzahl unterschiedlich ausgestalteter Schutzherrschaften. Die neuen Herren betrachteten in der Regel das Judenregal als ein absolutes Verfügungsrecht über die Juden einschließlich ihres Besitzes.

Mit dem Ausbau des Städtewesens und dem Wechsel in den Hoheitsrechten veränderte sich das jüdische Siedlungsgefüge. Im 13. Jahrhundert vervierfachte sich die Zahl der jüdischen Siedlungen im deutschen Südwesten. Mitte des 14. Jahrhunderts waren in über 100 Orten Juden ansässig, nicht nur in Territorialstädten, sondern auch in ländlich geprägten Regionen. Die auf Geldleihe und -handel spezialisierten Juden, denen ein Zugang zu Gilden und Zünften verwehrt war, waren bei Stadt- und Landesherren sehr willkommen, um den Ausbau von Städten und Märkten zu finanzieren. Trotz der Abhängigkeiten und einer stets brüchigen Sicherheit gelang es den jüdischen Gemeinden, ein beachtliches Maß an Selbstständigkeit zu bewahren. Die größeren Gemeinden waren autonom in der Rechtsprechung in inneren Angelegenheiten, der Steuerumlage und der Zuzugskontrolle.

Eine gravierende Zäsur in der Geschichte des deutschen Judentums des Mittelalters bedeuteten die Verfolgungen im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Pest 1448/50. Neu und charakteristisch für die Ausschreitungen war das Zusammengehen breiter, gewaltbereiter Bevölkerungskreise mit der Territorial- und Stadtherrschaft, welche die Juden vor Gericht zu erpressen und sich dann ihrer zu entledigen suchte. Nahezu alle Judengemeinden des Südwestens wurden stark dezimiert. Für die Überlebenden hatte sich die Situation grundlegend gewandelt. An die Stelle der Gemeindeautonomie trat die Obrigkeit.

In diesem Jahr wird vielerorts auf 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland zurückgeblickt. Erstmals wird in einem Edikt des römischen Kaisers Konstantin aus dem Jahr 321 eine jüdische Gemeinde in Köln erwähnt; es gilt als der älteste Beleg jüdischen Lebens in Europa nördlich der Alpen.

Das geistige und kulturelle Zentrum des aschkenasischen Judentums im deutschen Sprachraum lag in den jüdischen Gemeinden Mainz, Worms und Speyer. Von dort breiteten sich im 10. und 11. Jahrhundert jüdische Gemeinden in die rechtsrheinischen Regionen aus, und sie bildeten auch die Keimzellen für jüdische Niederlassungen auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg.

Zunächst beschränkten sich die Juden bei der Wahl ihrer Wohnorte auf Reichs- und Bischofsstädte. Nach dem ersten (1096/99) und zweiten Kreuzzug (1147/49), die mit zahlreichen Judenpogromen verbunden waren, dehnte Kaiser Friedrich II. (1194–1250) ein zunächst von Kaiser Heinrich IV. (1050–1106) für die Wormser Juden erteiltes Privileg auf alle Juden seines Jurisdiktionsbereichs aus. 1236 unterstellte er sie

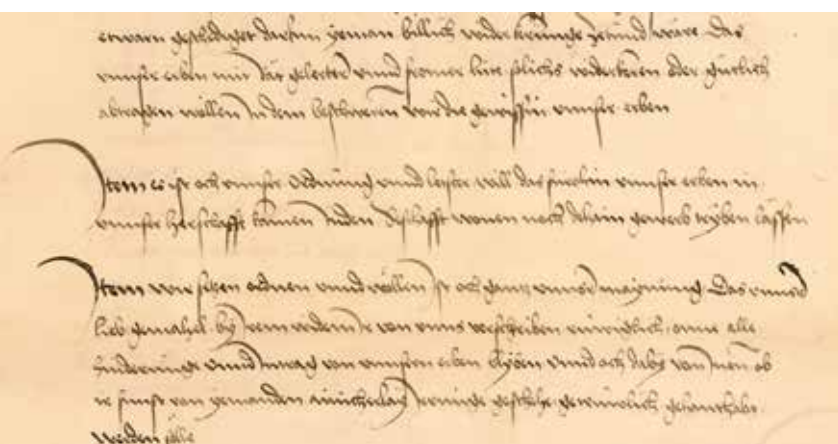
Pfalzgraf Ruprecht II. war 1390 der erste, der eine territoriale Judenvertreibung auf deutschem Gebiet anordnete. Seinem Beispiel sollten bald zahlreiche weitere Territorien und Städte folgen. Unter Kaiser Maximilian I. (1459–1519) wurden die Juden aus nahezu allen reichsstädtischen Gemeinden des deutschen Südwestens ausgewiesen.

In Württemberg lebte am Ende des 15. Jahrhunderts wohl nur eine geringe Zahl jüdischer Untertanen. Die württembergischen Grafen hatten ab 1360 das Judenregal inne und konnten entsprechend eigenmächtig über die jüdische Bevölkerung in ihrem Herrschaftsgebiet verfügen. Die Judenaufnahme erfolgte meist individuell und war auf eine bestimmte Anzahl von Jahren befristet; wahrscheinlich waren nur in Stuttgart und Tübingen größere Judengemeinden ansässig. Eine ambivalente Judenpolitik betrieb Graf bzw. Herzog Eberhard im Bart (1445–1496). Als er 1477 die Universität in Tübingen gründete, wies er die dortigen Juden aus – mit der Begründung, dass man die Studenten vor möglichen Geldgeschäften bewahren wolle. In seinem Testament vom 26. Dezember 1492 legte er neben vielen anderen Bestimmungen fest, dass *furohin* seine

Erben in der Herrschaft *kainen juden seßhafft wonen noch dehain gewerb tryben lassen* sollten (HStAS A 602 U 363).

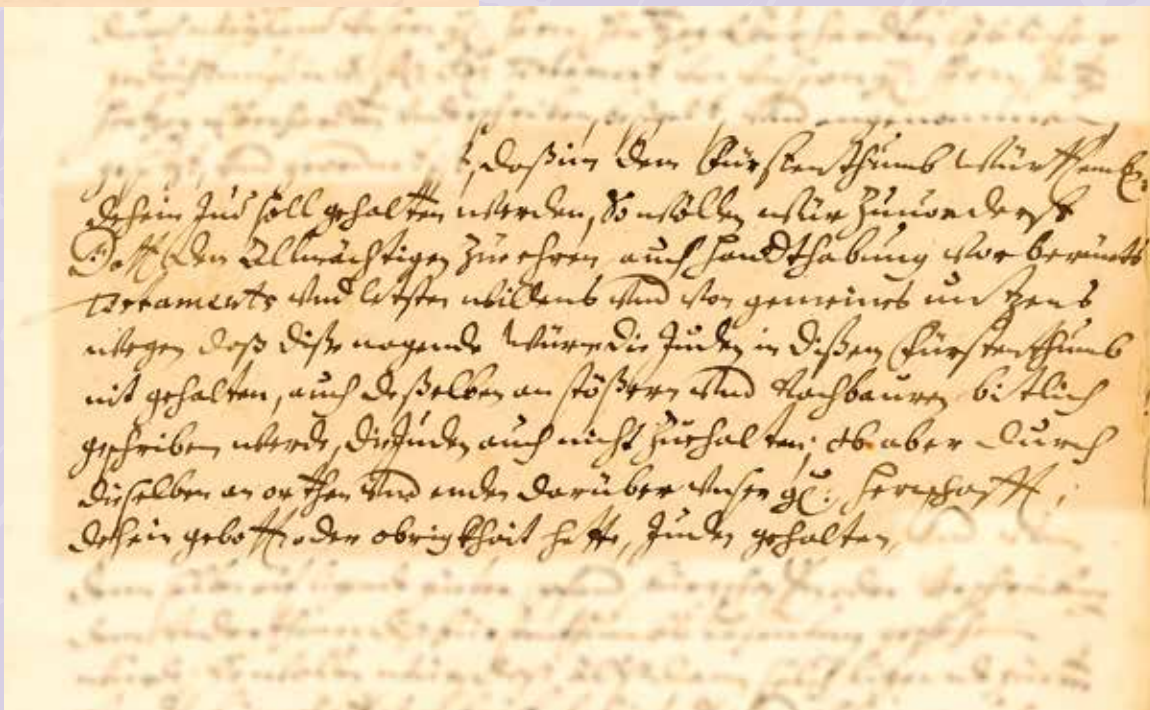
Dass es Juden zukünftig verboten sein sollte, sich im württembergischem Territorium niederzulassen, war sicherlich ein Zugeständnis Eberhards an die Landstände, die seine Herrschaft bei der Wiedervereinigung des 40 Jahre geteilten Landes 1482 gestützt hatten. Dass insbesondere die Landstände Motor und Träger der Judenfeindschaft waren, zeigte sich nach dem Tod Eberhards. Das landständische Regiment, das von 1498 bis 1503 die Herrschaftsrechte ausübte, bestimmte mit der Regimentsordnung vom 14. Juni 1498, dass *dieße nagenden Würm die Juden in dißem Fürstenthumb nit gehalten, auch deßelben anstößern und Nachbauren bitlich geschriben werde, die Juden auch nit zurhalten* (HStAS A 17 Bü 1). Der Ausschluss der Juden aus der „christlichen Ordnung“ und das Verbot ihrer Ansiedlung waren von nun an fester Bestandteil der Judenpolitik Württembergs im Alten Reich.

Die Vertreibung aus vielen Territorien und Reichsstädten zwang die Juden zur Niederlassung in ländlichen Randzonen oftmals ritterschaftlicher Gebiete. Manch kleiner Adeliger, aber auch so mancher Graf oder Reichsfürst sah ihre Ansiedlung als willkommene Möglichkeit, um seine Einnahmen zu erhöhen, indem er jährliche Schutzgelder sowie Mietzins für Synagoge,



Auszug aus dem Testament Graf Eberhards V. im Bart, 26. Dezember 1492 (HStA Stuttgart A 602 U 363)

Auszug aus der Regimentsordnung vom 14. Juni 1498 (HStA Stuttgart A 17 Bü 1)





Joseph Süß Oppenheimer, Kupferstich, aus: *Curieuse Nachrichten aus dem Reich der Beschneitene*, 1. Teil, Druck 1738 (HStA Stuttgart A 48/14 Bü 130/1)

Badhaus, Wohnhäuser und Friedhof verlangte. Die verbliebenen Gemeinden, die meist nur aus wenigen Familien bestanden, waren herrschaftlicher Willkür und der steten Gefahr der Vertreibung ausgesetzt. Da Juden sowohl der Erwerb von Grundbesitz wie auch die Betätigung in landwirtschaftlichen und handwerklichen Berufen verwehrt waren, mussten sie sich, soweit sie nicht im Handel mit Vieh, Getreide, Wein und Hopfen ihr Auskommen fanden, dem Pfand- und Trödelhandel widmen. Der *Schacher-* oder *Betteljude* war daher nicht nur ein antijüdisches Stereotyp, sondern entsprang der harten Realität.

Nur wenigen Juden gelang ein wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg. Als Hoffaktoren konnten einige jüdische Geldmakler einflussreiche Positionen an den Fürstenresidenzen erlangen. Auch die württembergischen Herzöge nutzten Juden als Finanzberater, Bankiers und kundige Handelsleute. Prominente Beispiele sind die Familie Kaulla sowie Joseph Süß Oppenheimer. Letzterer ist in die Geschichte eingegangen – aufgrund seines tragischen Schicksals, der außerordentlichen Nachwirkung und der Instrumentalisierung seiner Person durch die NS-Propaganda im Film „Jud Süß“ von Veit Harlan.

Joseph Süß Oppenheimer, 1698 in Heidelberg geboren, trat 1732 in die Dienste des Prinzen Karl Alexander von Württemberg (1684–1737) aus der Seitenlinie Württemberg-Winnental, der ihn zu seinem Hof- und Kriegsfaktor ernannte und unter seinen persönlichen Schutz stellte. Als Karl Alexander ein Jahr später die württembergische Herrschaft antrat, weil sein Vetter Eberhard Ludwig ohne Erben verstorben war, wurden die Geschäftsbeziehungen zwischen dem Herzog und seinem Hoffaktor noch enger. Oppenheimer war jetzt nicht mehr nur für Versorgungs- und Beschaffungsangelegenheiten wie der Ausstattung des Militärs oder Geldgeschäfte zuständig, sondern entwickelte sich mehr und mehr zum engen finanzpolitischen Berater des Herzogs. Als „Geheimer Finanzienrat“ trat Oppenheimer als Pächter der Stuttgarter Münze auf und übernahm

dazu weitere Ämter, die darauf angelegt waren, die herzoglichen Einnahmen zu erhöhen.

Die Maßnahmen merkantilistischer Wirtschaftsförderung belasteten die Untertanen finanziell und liefen den Privilegien der württembergischen Führungsschicht zuwider. Joseph Süß Oppenheimer personifizierte die unliebsamen Reformen und entwickelte sich zum Sündenbock für die Politik des Herzogs. Dass er Jude war, verstärkte diese Wahrnehmung zusätzlich. Als Herzog Karl Alexander am 12. März 1737 völlig unerwartet verstarb, reagierte die Führungsschicht sofort: Oppenheimer wurde unter Hausarrest gestellt, dann auf den Hohenneuffen verbracht und schließlich auf dem Hohenasperg inhaftiert. Von Anfang an schien das Ende des Verfahrens, das im Mai 1737 aufgenommen wurde, bereits festzustehen. Rechtswillkür kennzeichnete den Prozess. So war das Todesurteil, das am 31. Januar 1738 verkündet und am 4. Februar auf dem Stuttgarter Galgenberg vollstreckt wurde, keine Überraschung. Die Leiche sollte noch sechs Jahre zur Schau gestellt werden, bis die sterblichen Überreste verscharrt wurden.

Nachhaltigere Bemühungen um die Verbesserung der rechtlichen, politischen und sozialen Stellung der Juden kamen erst am Ende des 18. Jahrhunderts im Zuge der Aufklärung auf. Die Situation in Württemberg hatte sich Anfang des 19. Jahrhunderts grundlegend geändert. Mit der napoleonischen Neuordnung Südwestdeutschlands wurde Württemberg 1806 nicht nur zum Königreich ernannt, sondern konnte auch sein Territorium wesentlich vergrößern. Hatten in „Altwürttemberg“ nur 534 Juden gelebt, kamen mit den einstigen vorderösterreichischen, fürstlichen und reichsritterschaftlichen Gebieten sowie den Reichsstädten, die an Württemberg fielen, etwa 7.000 jüdische Untertanen neu unter württembergische Herrschaft. Ihre Rechtsstellung und ihre wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen waren sehr unterschiedlich. Eine Vereinheitlichung der Judengesetzgebung war daher dringend geboten. Eine entsprechende Regelung war von König Friedrich angestrebt, wurde dann aber doch hinausgeschoben. Man behalf sich mit Einzelverordnungen, welche die rechtliche Situation der Juden bis 1825 langsam veränderten. Eine wirkliche Gleichstellung war damit aber nicht verbunden. Auch die Verfassung des Königreichs von 1819 erfüllte entsprechende Hoffnungen nicht.

# Königreich Württemberg.



Gesetz in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubens-Genossen vom 25. April 1828, Präambel, veröffentlicht im Regierungsblatt Nr. 29, 8. Mai 1828 (HStA Stuttgart Bibliothek FX 5)

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Emanzipation war das *Gesetz in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubens-Genossen* vom 25. April 1828. Dieses Gesetz verbesserte zwar die Rechtslage der jüdischen Bevölkerung, indem der Status des Schutzjuden und das Schutzgeld gestrichen wurden. Dennoch war es aus jüdischer Sicht eine Enttäuschung, da weiterhin Beschränkungen galten und die erhoffte volle rechtliche Gleichstellung ausblieb. Kennzeichnend war ein Erziehungscharakter, der sich vor allem in den Artikeln zur Berufsausübung manifestierte: Weg vom Handel, hin zum Handwerk war der Leitgedanke. Juden, die *Schacherhandel* wie Hausier- und Trödelhandel betrieben, waren vom Bürgerrecht ausgeschlossen, denn dessen

Erwerb war denjenigen vorbehalten, die zehn Jahre Feldbau oder ein Handwerk ausgeübt hatten.

Ein grundsätzlicher Wandel der Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung trat – zumindest auf dem Land – zunächst nicht ein. Wurde ein Gewerbe erlernt, überwogen solche, welche die Möglichkeit des Handels nicht ausschlossen; besonders beliebt waren Metzger, Bäcker, Schneider und Schuhmacher. Nach wie vor war der handeltreibende, häufig auch umherziehende Jude vorherrschend. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Zum einen war es für Juden nicht einfach, eine Lehrstelle zu finden; Vorurteile christlicher Meister, dazu Schwierigkeiten aufgrund der Sabbat- und Speisegebote erschwerten eine Ausbildung zum Handwerker. Hatten die jungen Männer ein Handwerk erlernt, sahen sie sich geballter – christlicher – Konkurrenz gegenüber. Als Ausweichmöglichkeit bot sich der Handel an, wo man auf jahrhundertlange Erfahrung zurückgreifen konnte.

Bis zur vollständigen rechtlichen Gleichstellung sollten noch Jahrzehnte vergehen. Das Bemühen um die Aufhebung einschränkender Bestimmungen entsprang nicht der reinen Menschenfreundlichkeit oder Sympathie für die jüdische Bevölkerung, sondern dem politischen Kalkül: Die Juden sollten in der – christlichen – Gesellschaft aufgehen. Im Dezember 1861 erging das *Gesetz betreffend die Unabhängigkeit der staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Bekenntnis*, das den Juden das aktive und passive Wahlrecht zur Ständeversammlung einräumte. Am 21. Juli 1864 wurde das *Gesetz betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen* vom König genehmigt und am 13. August publiziert. Mit diesem Gesetz war das jahrzehntelange Ringen der württembergischen Juden um ihre Gleichberechtigung endgültig zum Abschluss gekommen.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts setzte die Landflucht ein, und die jüdische Bevölkerung zog es besonders stark von den Dörfern in die Landstädte und die Landeshauptstadt Stuttgart. Das traditionelle Landjudentum wurde allmählich zu einer schwindenden sozialen Gruppe zugunsten eines modernen, städtisch geprägten Judentums. 1873 lebten etwa 2.500



*Die Synagoge an der Hospitalstraße in Stuttgart. Aquarell, Christian von Martens, 6. Oktober 1868 (HStA Stuttgart J 56 Bü 10)*

jüdische Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart, was einem Bevölkerungsanteil von 2,5 Prozent entsprach. Die besseren Verdienst-, Aufstiegs- und Ausbildungsmöglichkeiten in den Städten wurden gerne genutzt: Nicht wenige Juden ergriffen die Chance einer akademischen Karriere, wurden Juristen oder Ärzte oder engagierten sich in Industrie, Gewerbe oder Handel. Die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung assimilierte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts an das nicht-jüdische Umfeld und verstand sich als Württemberger und Deutsche jüdischen Glaubens.

Der soziale Aufstieg in das Bürgertum bewahrte sie aber nicht vor Anfeindungen. Schon der Prozess der rechtlichen Angleichung war von Angriffen begleitet gewesen. Auch in den Patriotismus nach der Gründung des Deutschen Reichs 1871 mischten sich unterschwellig antisemitische Strömungen. Darüber hinaus sorgten immer wieder lokale Ereignisse für antijüdische Stimmungen, die sich bis zu Ausschreitungen steigern konnten. In konservativen und nationalliberalen Kreisen verfestigte sich vielfach eine mentale Grundstimmung, die zu Distanz, Abwehr bis hin zu aktivem Agieren gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger führen konnte. In den einschlägigen Medien war der Diskurs geprägt von der Vorstellung eines zu großen gesellschaftlichen Einflusses der Juden, der durch gesetzlich-administrative Maßnahmen eingegrenzt werden müsse. In der Weimarer Republik verschärfte sich angesichts der Kriegsniederlage und ihrer Folgen die jüdenfeindlichen Kampagnen. Trotz gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Aufstieg von Teilen der jüdischen Bevölkerung, beeindruckenden Karrieren und sozialer Anerkennung war dennoch in Stuttgart wie auch andernorts in den 1920er Jahren nicht selten ein geistiges Klima

aus Ressentiments und Aversionen zu konstatieren. Die zahlreichen Wahlkämpfe erweiterten die jüdenfeindlichen Handlungsspielräume, und vor diesem Hintergrund war auch ein deutlicher Anstieg von Gewalt gegen Juden und ihre Einrichtungen zu verzeichnen.

Dieser virulente, mehr oder weniger offen zutage tretende Antisemitismus mündete in dem rassistischen Antisemitismus und der Barbarei der Nationalsozialisten. 1933 lebten in den ehemaligen Ländern Württemberg, Baden und Hohenzollern ca. 31.000 Personen jüdischen Glaubens. Stuttgart als die größte jüdische Gemeinde in Württemberg zählte ca. 4.500 Mitglieder, was einem Anteil von 1 % an der Gesamteinwohnerzahl entsprach. Sie alle waren den Repressalien des Nazi-Regimes ausgesetzt, der zunehmenden Entrechtung,



*Stuttgart, Sammellager vor der Deportation auf dem Killesberg, Gepäckdurchsuchung (HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 305 Nr. 1699)*



der Verdrängung aus dem Wirtschaftsleben und der Beraubung ihrer Vermögen. Während der Reichspogromnacht im November 1938 gingen die meisten Synagogen in Flammen auf. Ihr folgten *einschneidende Maßnahmen zur Lösung der Judenfrage*, wie die NS-Propaganda verkündete. Der größere Teil der jüdischen Bevölkerung konnte bis spätestens 1940/41 auswandern. Diejenigen, die nicht emigrieren wollten oder konnten, wurden fast alle deportiert. Zwischen dem 1. Dezember 1941 und dem 11. Februar 1945 wurden von Stuttgart aus in zwölf Transporten etwa 2.800 jüdische Menschen – fast alle davon württembergische Juden – in Konzentrationslager wie Theresienstadt oder direkt in die Vernichtungslager des Ostens verschleppt. Die Jüdische Kultusvereinigung Württemberg e. V. wurde im Juni 1943 aufgelöst, ihre Räume einschließlich des gesamten Inventars wurden beschlagnahmt. Damit war auch die letzte der jüdischen Gemeinden in Württemberg binnen fünf Jahren, von der Zerstörung der Synagogen



*Neue Synagoge Stuttgart, vier Thorarollen mit Thoramänteln, Aufnahme 1964 (HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 305 Nr. 1672)*

*Stuttgart, Pragfriedhof, jüdischer Teil, Grabsteine jüdischer Gefallener im I. Weltkrieg. Aufnahme: Theobald Nebel, 1964 (HStA Stuttgart EA 99/001 Bü 305 Nr. 1670)*

bis zu den Deportationen, auf brutale Weise zerschlagen worden und Württemberg – in der üblen NS-Sprache – „judenfrei“ geworden.

Bei Kriegsende befanden sich in Stuttgart noch 24 Juden, die in irgendeiner Weise in der Stadt überlebt hatten. Dazu trafen einige wenige überlebende frühere Stuttgarter Juden aus den Konzentrationslagern ein. Die Zahl der Rückkehrer umfasste insgesamt 180 Personen. Noch im Sommer 1945 konstituierte sich die Israelitische Kultusvereinigung in Württemberg, zunächst als eingetragener Verein. Man verstand sich als Rechtsnachfolgerin aller früheren jüdischen Gemeinden, Vereine und sonstiger Institutionen auf dem Gebiet von Württemberg.

Auch außerhalb von Stuttgart kehrten in die Orte mit früheren jüdischen Gemeinden wenige jüdische Personen zurück. Vereinzelt kam es zu Neugründungen jüdischer Gemeinden wie in Esslingen oder Bad Mergentheim, aber bald zeigte sich, dass ein jüdisches Gemeindeleben dort nicht mehr möglich war. Ende 1945 gehörten gerade einmal etwa 300 Personen in ganz Württemberg der Israelitischen Kultusvereinigung mit Sitz in Stuttgart an. 1948 erfolgte deren Wiederanerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Israelitische Religionsgemeinschaft – so die jetzige Bezeichnung – ist die jüdische Gemeinde für den württembergischen Landesteil Baden-Württembergs. Es gehören ihr heute etwa 3.000 Mitglieder an. Im Mai 1952 wurde die neue Hauptsynagoge in der Hospitalstraße auf den Grundmauern der im Novemberpogrom 1938 zerstörten Alten Synagoge feierlich eingeweiht.

*Nicole Bickhoff*

*Die Hauptsynagoge in Stuttgart in der Hospitalstraße, im Vordergrund die Bronzeskulptur „Brennender Dornbusch“ der Künstlerin Roda Reilinger (wikipedia/GNU Free Documentation Licence)*



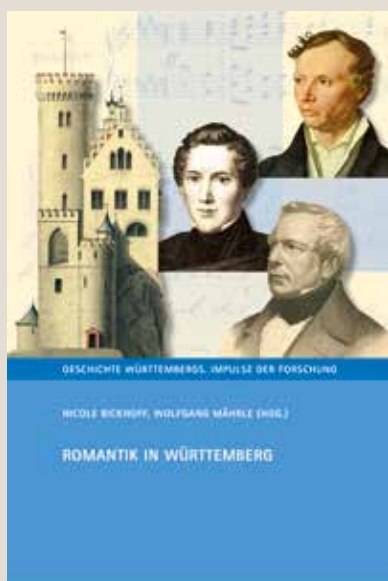


## AUS DER BEIRATSSITZUNG DES WGAV

Traditionell finden die Sitzungen des Beirats des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins am letzten Freitag im November statt. Corona-bedingt konnte die Sitzung 2020 nicht in Präsenz erfolgen, sondern wurde in schriftlicher Form mit anschließendem virtuellen Austausch vollzogen. Einige Ergebnisse des Jahres 2020:

- Es wurden drei Vortragsveranstaltungen durchgeführt, dazu sechs weitere Veranstaltungen. Ein Teil der Vorträge sowie ein großer Teil der vorgesehenen Exkursionen und Führungen fielen der Corona-Pandemie zum Opfer.
- Zum achten Mal wurde der Abiturientenpreis ausgelobt. Acht Bewerbungen wurden mit einem Buchpreis und einer zweijährigen kostenlosen Mitgliedschaft im Verein bedacht.
- Es erschienen der 79. Jahrgang der Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte (706 S.) und zwei Rundbriefe (Mai und Oktober 2020). In der Reihe „Geschichte Württembergs. Impulse der Forschung“ konnten zwei Publikationen vorgelegt werden.
- Im Jahr 2020 waren 15 Todesfälle zu beklagen und 21 Austritte zu verzeichnen. Diesen Verlusten standen 18 Eintritte gegenüber. Der Verein zählt damit 1.212 Mitglieder (Stand 31.12.2020).
- Das Vereinsvermögen betrug am Jahresende 169.064 Euro.
- Die dreijährige Amtszeit der Vorsitzenden und des Stellvertreters liefen turnusmäßig ab. Beide standen für eine Wiederwahl zur Verfügung; weitere Kandidaturen wurden nicht benannt. Frau Dr. Nicole Bickhoff und Herr Dr. Thomas Hölz wurden einstimmig (bei Enthaltung der Betroffenen) für eine weitere Amtsperiode wiedergewählt.

## NEUE VERÖFFENTLICHUNG DES WGAV

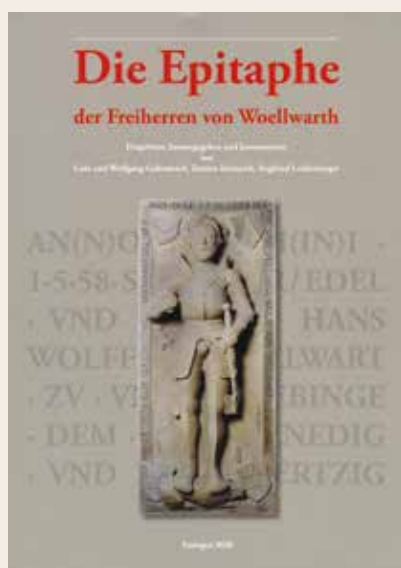


### ROMANTIK IN WÜRTEMBERG.

Herausgegeben von Nicole Bickhoff und Wolfgang Mährle  
(Geschichte Württembergs. Impulse der Forschung Band 6),  
Stuttgart 2020  
254 Seiten, gebunden,  
ISBN 978-17-039340-0,  
28,- Euro

„Romantik“ und „Württemberg“ – auf den ersten Blick scheint zwischen diesen beiden Begriffen keine besondere Verbindung zu bestehen. Dass der wirkmächtige Impuls, der von der Romantik ausging, nicht folgenlos blieb, verdeutlichen die Beiträge des jüngsten vom Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins herausgegebenen Bandes. Sie gehen zurück auf die interdisziplinär angelegte Tagung des Arbeitskreises für Landes- und Ortsgeschichte im Verband der württembergischen Geschichts- und Altertumsvereine im Juni 2018 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart; den Anlass zu der Tagung bot das 175-jährige Gründungsjubiläum des Vereins. Namhafte Experten beleuchten die Rezeption romantischer Denkmuster in Württemberg aus literatur-, kunst- und musikhistorischer sowie aus landesgeschichtlicher Perspektive. Der Band dokumentiert ebenfalls den Festakt zum Jubiläum mit der Festrede von Rüdiger Safranski.

## VOM WGAV GEFÖRDERT



### DIE EPITAPHE DER FREIHERREN VON WOELLWARTH

Eingeleitet, herausgegeben und kommentiert von Gabi und Wolfgang Gokenbach, Torsten Krannich, Siegfried Leidenberger, Essingen 2020  
ISBN 978-3-00-066982-8  
(gebundene Ausgabe),  
978-3-00-066983-5 (PDF)

Seit Mitte des 14. Jahrhunderts leben die Freiherren von Woellwarth im heutigen Ostwürttemberg. In dieser Zeit haben Sie Spuren ihres Lebens und Sterbens in Kirchen und auf Friedhöfen hinterlassen – als kunstvoll gestaltete Epitaphe, Grabplatten, Stiftersteine oder Totenschilder.

Die vorliegende Publikation stellt nicht nur die Epitaphe eines Ortes oder einer Region vor, sondern erstmalig wird eine Gesamtübersicht aller erhaltenen Grabmonumente des südwestdeutschen Rittergeschlechts präsentiert: insgesamt 115 Zeugnisse von Heilbronn bis Memmingen und von Neuenbürg im Schwarzwald bis Roth in Mittelfranken. Es werden die Inschriften wiedergegeben, die Wappen zugeordnet und die Bildmotive erläutert. Eine wissenschaftliche Einleitung führt in die Geschichte der niederadeligen Familie von Woellwarth ein und gibt einen Überblick über die Sepulkralkultur vom Ende des 14. bis Anfang des 20. Jahrhunderts.

## DANK AN LANGJÄHRIGE MITGLIEDER

Der Württembergische Geschichts- und Altertumsverein erfreut sich einer Vielzahl von Mitgliedern, die schon seit Jahrzehnten die landesgeschichtliche Arbeit des Vereins in großer Verbundenheit begleiten. Stellvertretend sollen die Personen und Institutionen gewürdigt werden, die seit 25, 40, 50, 60, 70 und 80 Jahren unserem Verein angehören. Für das wohlwollende Interesse und die langjährige Unterstützung gilt allen unser herzlicher Dank!

### 80-JÄHRIGE MITGLIEDERSCHAFT (1941)

- STADTBIBLIOTHEK ULM, Ulm
- WÜRTTEMBERGISCHE LANDESBIBLIOTHEK, Stuttgart

### 70-JÄHRIGE MITGLIEDERSCHAFT (1951)

- BENEDIKTINERABTEI, BIBLIOTHEK, Neresheim
- BÜRGERMEISTERAMT MÜNSINGEN, STADT-ARCHIV, Münsingen
- FÜRSTLICH WALDBURG-ZEIL'SCHES GESAMT-ARCHIV, Leutkirch im Allgäu
- HELENE-LANGE-GYMNASIUM, Markgröningen
- HELLENSTEIN-GYMNASIUM, Heidenheim an der Brenz
- HISTORISCHER VEREIN FÜR WÜRTTEMBERGISCHE-FRANKEN E.V., Schwäbisch-Hall
- HOHENLOHE-ZENTRALARCHIV, Neuenstein

- KREISARCHIV ESSLINGEN AM NECKAR, Esslingen am Neckar
- LANDESAMT FÜR DENKMALPFLEGE IM REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTGART, Tübingen
- LANDRATSAMT REMS-MURR-KREIS, Waiblingen
- LANDRATSAMT ROTTWEIL, BEREICH ARCHIV, KULTUR, TOURISMUS, Rottweil
- LANDRATSAMT ZOLLERNALBKREIS, KREIS-ARCHIV, Balingen
- MÖRIKE-GYMNASIUM, Göppingen
- STADTARCHIV ELLWANGEN, Ellwangen
- STADTARCHIV ISNY IM ALLGÄU, Isny im Allgäu
- STADTARCHIV MARBACH AM NECKAR, Marbach am Neckar
- STADTARCHIV TÜBINGEN, Tübingen
- STADTVERWALTUNG ALTENSTEIG, Altensteig

- STADTVERWALTUNG GIENGEN AN DER BRENZ, Giengen an der Brenz
- STADTVERWALTUNG MARKGRÖNINGEN, Markgröningen
- STADTVERWALTUNG SINDELFINGEN, KULTUR- UND SCHULAMT, Sindelfingen
- STADTVERWALTUNG WANGEN IM ALLGÄU, Wangen im Allgäu
- UNI TÜBINGEN, INSTITUT FÜR UR- UND FRÜHGESCHICHTE UND ARCHÄOLOGIE DES MITTELALTERS, Tübingen

#### 60-JÄHRIGE MITGLIEDSCHAFT (1961)

- Dr. Peter Eitel, Ravensburg
- Dr. Otfried Hauser, Mössingen
- Hannelore Jooß, Stuttgart
- Dr. Walter Schiele, Tübingen
- Dr. Wolfgang Tränkle, Bad Brückenau
- Dr. Susanne Uhrle, Stuttgart
- DIÖZESANBIBLIOTHEK ROTTENBURG, Rottenburg am Neckar
- INSTITUT FÜR BAYERISCHE GESCHICHTE AN DER UNI MÜNCHEN, München

#### 50-JÄHRIGE MITGLIEDSCHAFT (1971)

- Wilfried Beutter, Schwäbisch Hall
- Dr. Dr. Rudolf Bütterlin, Münsingen
- Dr. Herwig John, Marxzell
- Walter Miedaner, Waldshut-Tiengen
- Karl Österle, Dettingen unter Teck
- Dr. Walter Schall, Stuttgart
- Hans-Joachim Solleder, Ostrach

#### 40-JÄHRIGE MITGLIEDSCHAFT (1981)

- Irmtraud Betz-Wischnath, Pfullingen
- Dorothea Brauner-Langner, Stuttgart
- Hans Heinz Dielmann, Annweiler
- Günter-Klaus Drollinger, Ulm

- Dr. Eberhard Fritz, Altshausen
- Götz Freiherr von Gaisberg-Schöckingen, Ditzingen
- Alfred Gostynski, Bad Saulgau
- Dr. Klaus Graf, Neuss
- Eberhard Kugler, Weinstadt
- Dr. phil. Rolf Kuithan, Münster
- Dr. Hans Helmut Pöschko, Ludwigsburg
- Rolf-Eduard Reiff, Metzingen
- S.K.H. Carl Herzog von Württemberg, Altshausen
- INSTITUT FÜR VERGLEICHENDE STÄDTEGESCHICHTE, Münster
- STADTARCHIV HERRENBERG, Herrenberg
- STIFTUNG WIRTSCHAFTSARCHIV BADEN-WÜRTTEMBERG, Stuttgart

#### 25-JÄHRIGE MITGLIEDSCHAFT (1996)

- Prof. Dr. Horst Bauer, Stuttgart
- Walter Scott Beard, Winterbach
- Gabriela Winkler-Beard, Winterbach
- Prof. Dr. Franz Brendle, Tübingen
- Susanne Frank, Freising
- Michael Gernot, Stuttgart
- Michael Hermann, Köngen
- Dr. Götz Freiherr vom Holtz, Alfdorf
- Ulrich August Holzwarth, Bönnigheim
- Thomas Kärcher, Stuttgart
- Dr. Regina Keyler, Tübingen
- Dr. Ludolf Wilhelm Gideon Pelizaeus, Stuttgart
- Dipl.-Ing. Walther Pfisterer, Stuttgart
- Herbert Schempf, Korntal-Münchingen
- Armin Schidel, Bad Urach
- Rosemarie Schmid, Horb am Neckar
- Wolfgang Schmid, Horb am Neckar
- Friedrich Schnurr, Eberdingen
- Anne Sengle, Ammerbuch
- Dr. Claudia Steur, Berlin



## HINWEISE ZUM SOMMERPROGRAMM 2021

Im letzten Jahr war bereits vieles anders, und auch in diesem Jahr sind wir noch weit von „normalen“ Verhältnissen entfernt. Die Corona-Pandemie hat uns nach wie vor fest im Griff, mit der Konsequenz, dass wir weiterhin mit vielen Einschränkungen leben müssen und Präsenzveranstaltungen, Besichtigungen und gemeinsame Ausfahrten im Moment nicht möglich sind. Da derzeit nicht absehbar ist, wann wieder welche Möglichkeiten gegeben sind, haben wir auf die Planung eines Sommerprogramms vorerst verzichtet, um nicht ständig umdisponieren zu müssen. Wir hoffen, dass zumindest kleinere Formate wie Stadtführungen und Halbtagesexkursionen realisierbar sind. So möchten wir u. a. auf den Spuren König Wilhelms II. von Württemberg durch Stuttgart wandeln und die im letzten Jahr bereits vorgesehene Halbtagesfahrt nach Nürtingen nachholen. Über die Angebote werden wir Sie rechtzeitig per Mail und Post informieren.

## EINLADUNG ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2021 – NEUER TERMIN



Die ursprünglich auf den 20. Februar 2021 terminierte Mitgliederversammlung musste Corona-bedingt abgesagt werden. Sie soll nun am **Samstag, 9. Oktober 2021, um 14.00 Uhr im Hauptstaatsarchiv Stuttgart** nachgeholt werden.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Jahresbericht für das Jahr 2020
2. Kassen- und Rechnungsprüfungsbericht 2020
3. Entlastung des Vorstands und der Geschäftsführerin
4. Wahlen zum Beirat
5. Änderung der Satzung
6. Aktuelle Informationen
7. Verschiedenes

Im Anschluss um 15.00 Uhr findet der ebenfalls verschobene Vortrag in Verbindung mit der Mitgliederversammlung statt:



### VORTRAG / IN VERBINDUNG MIT DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG

PROF. DR. DIETER LANGEWIESCHE, TÜBINGEN:

WÜRTTEMBERG IN DER DEUTSCHEN STAATS- UND NATIONSBILDUNG NACH DEM ENDE DES ALTEN REICHS

*Samstag, 9. Oktober 2021*

*15.00 Uhr*

*Hauptstaatsarchiv Stuttgart  
Eintritt frei*

*Verbindliche Anmeldung  
per E-Mail oder telefonisch*

*Verfassungsurkunde für das Königreich  
Württemberg, 1819 September 25  
(HStA Stuttgart E 30 Bü 21)*



„Am Anfang war Napoleon“ – „Im Anfang steht keine Revolution“ – „Im Anfang war das Reich“. So beginnen Thomas Nipperdey, Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler ihre monumentalen Werke zur jüngeren deutschen Geschichte. So unterschiedlich sie in die Geschichte schauen, alle lassen sie auf den deutschen Nationalstaat zulaufen. Doch welche Rolle kommt in dieser nationalgeschichtlichen Entwicklung jenen deutschen Staaten zu, die das Ende des Alten Reichs, eine der tiefsten Geschichtszäsuren in der europäischen Neuzeit, überlebten und eine neue Form von Selbständigkeit erlangten? Diese Frage wird in vergleichender Perspektive an der Geschichte des Königreichs Württemberg erörtert.

Prof. Dr. Dieter Langewiesche lehrte zuletzt Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Tübingen. Für seine Forschungen, die sich u. a. mit Bürgertum und Liberalismus, der Revolution von 1848 und den Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhunderts, die zu den Nationalstaaten führten, befassten, wurde er vielfach ausgezeichnet. Für seine Untersuchungen zum südwestdeutschen Liberalismus erhielt er 2019 den Ludwig-Uhland-Preis.

# Ministerpräsident

## Dr. Reinhold Maier

### REINHOLD MAIER (1889–1971): BADEN-WÜRTTEMBERGS ERSTER MINISTERPRÄSIDENT

*Reinhold Maier, um 1930 (HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 435)*

Vor 50 Jahren, am 19. August 1971, starb Reinhold Maier in Stuttgart – *der Volksministerpräsident*, neben Gebhard Müller Vater des Südweststaats und die *letzte große Figur des traditionellen Liberalismus südwestdeutscher Prägung*, wie die „Stuttgarter Nachrichten“ in ihrem Nachruf schrieben.

Das Leben Reinhold Maiers ist in besonderer Weise von Höhen und Tiefen geprägt, sowohl im beruflichen wie auch im persönlichen Bereich. Die Windungen seines Lebens sind eng verknüpft mit den großen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Wie Angehörige seiner Generation erlebte er vier verschiedene staatlich-gesellschaftliche Phasen: das Kaiserreich, die Weimarer Republik, das nationalsozialistische Regime und die Nachkriegszeit.

Reinhold Maier kam am 16. Oktober 1889 als drittes Kind des Architekten und Bauunternehmers Gottlieb Maier und seiner Frau Anna Sophie Maier, geborene Kornbrust, in Schorndorf zur Welt. Sein Vater war ein „Firmengründer der ersten Generation“, ein strenger, unermüdlicher Arbeiter; als Demokrat gehörte er dem Gemeinderat an. Die Eltern boten ihren fünf Kindern eine behütete und materiell gesicherte Kindheit und ermöglichten nicht nur den beiden Söhnen, sondern auch den drei Töchtern eine qualifizierte Ausbildung, was zur damaligen Zeit keine Selbstverständlichkeit war.

Reinhold, der zweite Sohn, besuchte zunächst in Schorndorf die Lateinschule, bevor er 1902 auf das Dillmann-Realgymnasium in Stuttgart versetzt wurde. Der Wechsel in die Landeshauptstadt markierte einen ersten großen Einschnitt im Leben des Heranwachsenden. Er wohnte nun, zusammen mit 12 anderen Jungen, in einer



Schülerpension und durfte nur an jedem vierten Wochenende nach Hause fahren. Seine Schulleistungen waren, wie er selbst bekannte, eher durchschnittlich.

Auf das Abitur im Jahr 1907 folgte ein erstes Semester an der Universität Grenoble; in den französischen Alpen entdeckte er seine besondere Leidenschaft für das Wandern, die ihn sein weiteres Leben begleiten sollte. Im Sommersemester 1908 schrieb er sich an der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen ein, die er 1912 mit dem ersten Staatsexamen verließ. In Tübingen schloss er sich der Akademischen Gesellschaft „Stuttgardia“ an, wo er freundschaftliche, teilweise lebenslange Beziehungen knüpfte. Zahlreiche Bundesbrüder gehörten in den folgenden Jahrzehnten zu seinen engen Vertrauten, Mitarbeitern und Weggefährten.



*Reinhold Maier als Vizefeldwebel, 1916 (HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 434)*

Front, zum anderen die Erfahrung, jahrelang tun zu müssen, was einem nicht passte oder gar zuwider war.

Anfang November 2018 kehrte Maier nach Stuttgart zurück und nahm wenig später seinen Dienst als Referendar in Ravensburg wieder auf. Die Novemberrevolution und das Ende der Monarchie erlebte er in Stuttgart. Bereits 1912 war er in die Demokratische Volkspartei eingetreten, und im gesellschaftlichen Umbruch der Nachkriegszeit engagierte er sich für die liberale Sache in der neugegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Nach seinem bestandenen Assessor-Examen wurde Maier hauptamtlicher Parteisekretär der DDP für Oberschwaben mit Sitz in Ravensburg. Förderung erfuhr er vom damaligen Landesvorsitzenden Conrad Haußmann, mit dessen Sohn Wolfgang ihn später eine enge Freundschaft verband.

Seine berufliche Laufbahn begann Reinhold Maier 1913 als Gerichtsreferendar beim Amtsgericht Schorndorf und ab 1914 am Landgericht Ravensburg. Dann sollte der Erste Weltkrieg für die folgenden vier Jahre seinen Berufsweg unterbrechen. Unmittelbar nach Kriegsausbruch meldete er sich als Kriegsfreiwilliger. Er war an den Fronten und Feldzügen in Russisch-Polen, Serbien, Belgien und Frankreich eingesetzt und lernte das Soldatenleben in zahlreichen Erscheinungsformen kennen: als Rekrut, Kanonier, Geschützführer, Ausbilder, Batterieoffizier und schließlich im Bataillonsstab. Die Erlebnisse als Soldat beeinflussten Reinhold Maier stark. Nach eigenem Bekunden waren insbesondere zwei Erfahrungen prägend für sein weiteres Leben: zum einem die Kameradschaft an der

Nachdem die DDP bei der Landtagswahl im Juni 1920 empfindliche Verluste eingefahren hatte, gab Reinhold Maier sein Parteiamt auf, zog in die Landeshauptstadt und trat in die renommierte Rechtsanwaltskanzlei Löwenstein/Kiefe ein, wo er zehn Jahre tätig sein sollte. Sein berufliches Engagement ließ ihm nur wenig Zeit für parteipolitische Aktivitäten, aber er hielt Kontakt zu der Ortsgruppe und der Landesorganisation der DDP. Gegen den Widerstand von Frauengruppe und Jungdemokraten übernahm er 1924 den Vorsitz der Ortsgruppe Groß-Stuttgart,



*Glückwunsch von Freunden für Reinhold Maier zur Ernennung zum Wirtschaftsminister, Collage, 1930 (HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 413)*

1929 rückte er in den Landesvorstand vor.

Nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen trat Maier im Januar 1930 in das relativ weit rechts orientierte württembergische Kabinett Bolz-Bazille als Wirtschaftsminister und einziger Vertreter seiner Partei ein. Er profilierte sich als „Wirtschaftsmaier“ und versuchte, die Wirtschaft durch öffentlich finanzierte Notstandsprogramme zum Ausbau der Infrastruktur anzukurbeln und damit der Massenarbeitslosigkeit zu begegnen. Ein weiteres Kennzeichen seiner Politik war ein ausgeprägter Föderalismus. Mit dem erzwungenen Abgang der Regierung Bolz-Bazille infolge der NS-Machtübernahme auch im Land schied Maier am 15. März 1933 aus dem Amt aus.

Neben seinem Ministeramt wirkte Reinhold Maier auch als Parlamentarier. Im April 1932 zog er in den württembergischen Landtag ein, im November desselben Jahres wurde er zusätzlich Mitglied des Reichstags. Bei der letzten (nur noch bedingt) freien Reichstagswahl am 5. März 1933 wurde er zusammen mit vier Kollegen, darunter Theodor Heuss, auf der Liste der Staatspartei, wie die DDP seit 1930 hieß,

noch einmal in den Reichstag gewählt. Obwohl er im vorausgehenden Wahlkampf erleben musste, wie rücksichtslos die Nationalsozialisten im Kampf um die ungeteilte Macht vorgehen, bewahrte ihn diese Erfahrung nicht vor einer gravierenden Fehleinschätzung. Er setzte durch, dass die Abgeordneten der Staatspartei in der entscheidenden Reichstagsitzung vom 23. März 1933 dem sogenannten Ermächtigungsgesetz zustimmten. Darüber hinaus gab er im Plenum eine verfehlte Erklärung ab. Damit lud er sich und seiner Partei eine schwere Hypothek auf, die ihm nach 1945 noch Probleme bereiten sollte. Als 1947 sein Verhalten in einem Spruchkammerverfahren und einem Untersuchungsausschuss des Stuttgarter Landtags kritisch durchleuchtet wurde, bemühte er sich, mit wechselnden Argumenten, das „Ja“ zum Ermächtigungsgesetz zu rechtfertigen.

Im Juli 1933 wurde Maier das Reichstagsmandat aberkannt. Danach arbeitete er wieder als Anwalt in eigener Rechtsanwaltspraxis in Stuttgart. Mehrfach wurde seine Familie von den Nationalsozialisten drangsaliert. Maier hatte erst spät, fast schon im „Schwabenalter“, geheiratet.



Die württembergische Staatsregierung 1932. Stehend von rechts Reinhold und Gerta Maier, daneben Staatspräsident Eugen Bolz, ganz links stehend Kultminister Wilhelm Bazille (HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 435)



Das Ehepaar Gerta und Reinhold Maier, um 1930  
(HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 435)

Seine um 13 Jahre jüngere Frau Gerta (Gertrud) Goldstein entstammte einem bildungsbürgerlichen, jüdisch-assimilierten Elternhaus und hatte eine für diese Zeit vergleichsweise umfassende Ausbildung erfahren. 1929 wurde die Tochter Magda, 1933 der Sohn Georg geboren. Als nach der Reichspogromnacht im November 1938 die Gefahr wuchs, beschloss die Familie die Trennung. Gerta Maier und die beiden Kinder verließen im August 1939 Deutschland und suchten Zuflucht in England. Um weiterhin als Rechtsanwalt arbeiten zu können, willigte Reinhold Maier im Juli 1943 in die Auflösung der Ehe ein. Auch um ihn zogen sich gegen Ende des Krieges die Kreise immer enger. Einem Zugriff der Polizeileitstelle Stuttgart noch im März 1945 konnte er sich durch Untertauchen im oberen Jagsttal entziehen. Dort erlebte er auch das Ende des Krieges.

Am Tag der Kapitulation trat Maier zunächst als unbezahlter Assistent in die Dienste des Landrats von Schwäbisch Gmünd ein. Da die amerikanische Militärregierung seine ausgeprägte Kompetenz in Wirtschaftsfragen bald erkannte, berief sie ihn im September 1945 zum Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden. Als einziger der von den Amerikanern nach Kriegsende eingesetzten Regierungschefs behielt Maier sein Amt auch nach der ersten Landtagswahl vom November 1946.

Als Ministerpräsident zunächst eines Allparteienkabinetts aus CDU, SPD, FDP und (bis 1948) KPD setzte sich Maier vor allem für den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur, die Sicherung der Ernährung und die schnelle Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen ein. Ein Hauptaugenmerk richtete er darüber hinaus von Beginn an auf eine weitere Verbesserung der Wirtschaftsstruktur. Ein besonderes Anliegen war ihm die Überwindung der Zonengrenzen und die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Im August 1948 lud Maier die Regierungschefs der zur französischen Zone gehörenden Länder (Süd-)Baden und (Süd-)Württemberg-Hohenzollern,

Leo Wohleb und Gebhard Müller, zu einer Konferenz auf den Hohenneuffen ein, um eine Annäherung der konträren Standpunkte zur künftigen Ordnung der drei südwestdeutschen Länder zu erreichen. Doch diese Initiative wie auch weitere Bemühungen scheiterten am hartnäckigen Widerstand Wohlebs, der vehement für die Wiederherstellung der alten Länder eintrat. Dreh- und Angelpunkt in den Verhandlungen der Regierungschefs war die Frage der Stimmenzählung bei der Abstimmung über die zukünftige Länderordnung, das heißt ob man nach den alten Ländern, um deren mögliche Wiederherstellung es ging, zählen sollte, oder nach den neuen Ländern, dabei aber Nordwürttemberg und Nordbaden getrennt. Erst als Gebhard Müller seine bisherige Vermittlerrolle aufgab und es gelang, ein Bundesgesetz durchzusetzen, dass die Auszählung nach vier Stimmbezirken vorschrieb und die Mehrheit von Stimmbezirken zur Grundlage machte, war der Weg frei. Die Abstimmung am 9. Dezember 1951 brachte die erforderliche Mehrheit für den Südweststaat.



Reinhold Maier mit seinen Kindern Magda und Georg,  
Frühjahr 1939 (HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 441)



Gegen Ende der ersten Legislaturperiode des württembergisch-badischen Landtags kamen zunehmend Spannungen auf zwischen Maier und der CDU, welche die größte Fraktion stellte. Als die CDU bei der zweiten Landtagswahl Ende 1950 eine herbe Niederlage erlitt und aus der Regierung ausschied, bildete Maier 1951 ein neues Kabinett nur aus FDP und SPD, das bis zur Gründung des Landes Baden-Württemberg im Frühjahr 1952 mit beachtlicher Effizienz arbeitete.

Nach der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung im März 1952 verhandelten alle Parteien über mögliche Koalitionen. Obwohl die CDU stärkste politische Kraft geworden war, schloss Reinhold Maier sie bei der Bildung der ersten Landesregierung für den neuen Südweststaat von jeder Mitwirkung aus und formierte eine Regierung aus FDP, SPD und BHE. Am 25. April 1952 wurde er mit 64 von 120 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Als er noch in derselben Sitzung sein neues Kabinett präsentierte, war nach den Bestimmungen des Neugliederungsgesetzes das neue Bundesland gebildet. Die Überrumpelung der CDU mündete in tumultartigen Auseinandersetzungen.

Allerdings war Maier keine lange Regierungszeit mehr beschieden. Er geriet in heftige Strudel, als er – mit Rücksicht auf eine Wiedervereinigung Deutschlands – versuchte, gemeinsam mit den SPD-regierten Ländern das Kernstück der Adenauerschen Außenpolitik, den Deutschlandvertrag und den Vertrag über den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), zu Fall zu bringen. Unter massivem Druck der Bundesregierung und der Bundes-FDP musste er in dieser Frage schließlich doch einlenken und die Verträge passieren lassen. Die Landes-SPD fühlte sich dadurch brüskiert, Justizminister Viktor Renner trat von seinem Amt demonstrativ zurück. Das Ende der Ära Maier in Baden-Württemberg war damit eingeleitet. Nach der Bundestagswahl erklärte Maier am 30. September 1953 offiziell seinen Rücktritt und machte den Weg frei für die CDU und eine Allparteienkoalition unter Führung von Gebhard Müller.

Von 1953 bis 1956 und 1957 bis 1959 gehörte Reinhold Maier dem Deutschen Bundestag an. Beide Male legte er das Bonner Mandat aus freien Stücken vorzeitig nieder. Er zählte nicht zu den großen Rednern im Bundestag und Bundesrat und trat auch nicht besonders hervor. Als sich aber die FDP Ende 1956 in einer kritischen Lage befand, erhoffte man sich vom Ansehen und der Integrationskraft Maiers die Rettung und wählte ihn im Januar 1957 zum Bundesvorsitzenden. Bei der Bundestagswahl



### Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier

Mit seiner Person  
stellen wir über den Wahlvorschlag Nr. 3 der Wählerschaft  
des Wahlkreises Waiblingen II

### einen Heimatkandidaten

in des Wortes schönster und wahrster Bedeutung zur

Landesversammlungswahl am 9. März 1952

Plakat zur Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung  
am 5. März 1952 (HStA Stuttgart Q 1/8 Bü 111)

1957 trat er als Spitzenkandidat auf. Nach dem triumphalen Wahlsieg Adenauers mit absoluter Mehrheit resignierte er zusehends. Im Januar 1960 löste Erich Mende den mittlerweile 71-jährigen im Bundesvorsitz der FDP ab. Maier behielt als Ehrenpräsident jedoch auf Lebenszeit Sitz und Stimme im Bundesvorstand.

Die letzten Jahre seiner politischen Tätigkeit widmete Maier wieder stärker dem Stuttgarter Landtag, dem er ununterbrochen von 1946 bis 1964 angehörte. Als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Wasser und Verkehr, danach als Vorsitzender des Ausschusses für Verwaltung und Wohnungsbau setzte er sich unter anderem weiterhin für den Ausbau der Verkehrswege ein.

Reinhold Maier war ein sehr erfolgreicher Landespolitiker mit großer Ausstrahlung. Sein Erfolg beruhte auf *einer unnachahmlichen Mischung von Bodenhaftung und weiter Perspektive, von Volksnähe und dem Regierungsnimbus, von Pragmatismus und Treue zu den einmal gewonnenen liberalen Überzeugungen* (Klaus-Jürgen Matz). Bleibende Verdienste hat er sich nicht nur als ein Vater des Südweststaats, sondern vor allem als weit vorausschauender Wirtschaftspolitiker erworben. (Lit.: Reinhold Maier 1889–1971. Katalog zur Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart, 1989; Paul Sauer, In stürmischer Zeit. Lebensbild des Menschen und Politikers Reinhold Maier, 1989; Klaus-Jürgen Matz, Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, 1989)

Nicole Bickhoff

## DAS ALTE WÜRTEMBERG IN BILDERN: ANSICHTEN WÜRTEMBERGISCHER STÄDTE VON CARL DÖRR UND WENZEL HOLLAR



*Ansicht von Heilbronn mit Kilianskirche und Stadtmauer. Altkolorierte Aquatinta, gezeichnet von Carl Dörr nach einer Vorlage von Friedrich Carl Lang, o. J. (HStA Stuttgart J 301 a Nr. 384)*

Ende letzten Jahres konnte das Hauptstaatsarchiv Stuttgart durch einen Ankauf seine Sammlung von Ortsansichten (Bestand J 301) um einen kleinen Schatz erweitern. Es handelt sich dabei um ein Konvolut von 17 Grafiken, das von der Galerie Andreas Henn zum Verkauf angeboten worden war.

Der überwiegende Teil der Grafiken stammt von dem bekannten Maler Carl Dörr (1777–1842). Nach seiner Ausbildung in einem Stuttgarter und Heilbronner Kunstverlag hatte sich Dörr mehrere Jahre in der Schweiz aufgehalten und dort autodidaktisch die Landschaftsmalerei erlernt. Nach seiner Rückkehr ließ er sich in Heilbronn nieder, wo er bis zu seinem Tod als freischaffender Maler tätig war. Er hinterließ ein großes Oeuvre an Porträt- und vor allem an Landschaftsmalereien. Insbesondere Städteansichten aus Württemberg wurden geradezu sein Markenzeichen. Sie wurden bereits von den Zeitgenossen hochgeschätzt und prägen unser Bild vom biedermeierlichen Schwaben bis heute. Zu der großen Wertschätzung der Werke trug außer ihrer künstlerischen Qualität auch die Freundschaft Dörrs mit Justinus

Kerner bei, der dem Maler in den bildungsbürgerlichen Schichten Württembergs zu einer gewissen Popularität verhalf.

Die meisten der erworbenen Grafiken Carl Dörrs sind bereits bekannt wie etwa der Blick auf Weinsberg und die Weibertreu um 1820. Darunter sind jedoch auch drei Malereien, die bei Max Schefold, *Alte Ansichten aus Württemberg*, noch nicht nachgewiesen sind. Dazu gehört eine Ansicht von der Höhe des Wartbergs gegen Heilbronn (*Carl Doerr delineavit, Lang fecit*). Die Stadt verschwindet allerdings fast im Hintergrund. Den Vordergrund nehmen ein Soldat und eine Kanone sowie promenierende Zivilisten ein. Durch die Verbindung des weitflächigen, in zarten Pastellfarben gehaltenen Himmels mit der biedermeierlichen Genreszenerie wirkt das Bild wie eine eigenwillige Verschmelzung von Rokoko und Biedermeier. Dies mag angesichts des Umstands, dass Dörr auf eine Vorlage seines früheren Arbeitgebers, Friedrich Carl Lang (1766–1822), zurückgreift, nicht verwundern. Lang war nicht nur Schriftsteller, sondern auch Kupferstecher und hatte Dörr zeitweilig in

Heilbronn in seinem „Schwäbischen Industrie-Comptoir“, einem Kunstverlag, beschäftigt.

Besonders reizvoll erscheint eine weitere Ansicht von Heilbronn. Wiederum tritt die eigentliche Stadtansicht stark zurück gegenüber der Genreszene im Bildvordergrund. Dargestellt ist eine Weinlese in den Bergen über der Stadt.

pastellblauer Himmel, der durch die zart angelegte „blaue Mauer“ der Schwäbischen Alb als unscharfe Horizontlinie von der Landschaft geschieden wird.

Ein ganz besonderes Kleinod stellt eine kleine Druckgrafik des berühmten böhmischen Kupferstechers Wenzel Hollar (1607–1677) dar. Das



*Weinlese in der Gegend von Heilbronn. Kolorierte Radierung, Carl Dörr, o. J. (HStA Stuttgart J 301 a Nr. 394)*

In einer bukolischen Landschaft sind arbeitende Wengerter zu sehen, zu denen sich zahlreiche Feiernde gesellt haben; eine kleine Kapelle spielt auf, einige Damen und Herren haben sich zum Reigentanz begeben, während andere fleißig dem Wein zusprechen und Trinksprüche ausbringen. Man könnte sagen, dass in diesem Bild im biedermeierlichen Gewand die Sujets der idyllisch-heiteren Bukolik und des fröhlicherden Bacchanals eine reizvolle Verbindung eingegangen sind.

Eine weitere, bisher wohl unbekannte Ansicht Dörrs zeigt die Stadt Tübingen, gesehen von den Weinbergen am Südhang des Schnarrenbergs. Wiederum nimmt die Stadt nur einen sehr kleinen, wenn auch zentralen Teil des Bildes ein. Wichtiger ist dem Maler die Einbettung in die Landschaft des Neckartals. Einen Anker erhält die Szene wiederum durch eine kleine Genreszene im Bildvordergrund: Drei Wengerter mit ihren charakteristischen Tragekörben bereiten sich augenscheinlich auf das Ende ihres Tagwerks vor. Zusammen mit den länger werdenden Schatten der Hügel ringsum vermittelt sich der Eindruck einer Abendidylle. Darüber wölbt sich ein weiter,

gerade einmal 5,5 x 11,5 cm messende Blatt ist mit dem Titel *bey Stutgard* überschrieben und mit der Datierung 1663 versehen. Da Hollar sich zu dieser Zeit aber in London befand, ist die Vorzeichnung wohl während eines für 1628 belegten Aufenthalts Hollars in Schwaben angefertigt worden. *Hollar hatte die Gewohnheit, alles was ihm vorkam, in sein Skizzenbuch zu zeichnen, und zwar besonders gern wie sein Lehrer Merian, Städteansichten, entweder ganz klein oder friesförmig nach Art eines Panoramas, wobei er besonders die Hauptgebäude hervorhob. Von diesen Skizzen haben sich einzelne erhalten; sie sind durch Feinheit, besonders aber durch [Wirklichkeits-] Treue ausgezeichnet* (Kinkel, Mosaik der Kunstgeschichte, 1876, S. 424).

An dem Stuttgarter Blatt, das wahrscheinlich von Stuttgart-Berg aus gezeichnet wurde, fallen trotz des kleinen Formats die fein ausgeführten, unverwechselbaren architektonischen Embleme Stuttgarts mit Altem Schloss, Stiftskirche und Neuem Lusthaus auf; selbst die Alte Kanzlei und die Dominikanerkirche sind gut zu erkennen. Besonders markant ist aber der mächtige Wasserturm Herzog Ludwigs, der in die Mitte



Ansicht von Tübingen mit Schloss Hohentübingen und Stiftskirche, im Vordergrund Winzer bei der Weinlese. Altkolorierte Aquatinta, Carl Dörr, o. J. [um 1826] (HStA Stuttgart J 301 a Nr. 391)

des Blatts als zentraler Fluchtpunkt gerückt ist. Der 1579 errichtete Turm diente als Antrieb für die Wasserspiele des Lustgartens: *Der Turm, darinn ein Mühlrad das Wasser durch Deichel (Röhren) bis unters Dach treibt, das es in einen Kessel läuft, danach plötzlich durch bleiene Deichel wieder hinabfällt und durch solchen Gewalt bis in den Tiergarten zurückgetrieben wird, stand beim Hirschbad, dem späteren Königsbad am Neckar-Tor [...] und tat dort 160 Jahre lang für die Lustgartenbewässerung seine Dienste* (Wais, Alt-Stuttgart, 1954, S. 180). Der Wasserturm scheint an keiner anderen Stelle abgebildet

worden zu sein. So führt uns dieser kleine Kupferstich nicht nur eine besonders frühe Ansicht von Stuttgart vor Augen, sondern verdeutlicht auch, wie sehr die Stadt damals von den Schöpfungen Herzog Ludwigs geprägt wurde. Diese umfassten nicht nur das Lusthaus, sondern auch die dazugehörigen Parkanlagen, Wasserspiele und technisch hochmoderne Einrichtungen wie den Wasserturm: ein Ensemble, das selbst einen weitgereisten Künstler wie Holler offensichtlich zu beeindrucken vermochte.

Thomas Fritz



Blick von Osten über die Weinberge auf Stuttgart. Radierung, Wenzel Holler, nach einer Vorzeichnung von 1628 (HStA Stuttgart J 301 a Nr. 380)

## SCHWIERIGES ERBE – LINDEN-MUSEUM UND WÜRTTEMBERG IM KOLONIALISMUS. EINE WERKSTATT AUSSTELLUNG



*Buddha-Figur. Peking, Tibet, Ton, Gold, Rotlack. Slg. Carl Waldemar Werther, 1901 (Linden-Museum Stuttgart, Inv.-Nr. 19862; Foto: Dominik Drasow, Linden-Museum Stuttgart)*

Was hat das Linden-Museum mit dem deutschen Kolonialismus zu tun? Welche württembergischen Institutionen und Akteure waren am Kolonialismus beteiligt? Gab es besondere koloniale Ereignisse in Stuttgart? Wie präsent war der Kolonialismus in der württembergischen Alltagswelt, und wo begegnet uns Kolonialismus noch heute?

Oftmals gibt es darauf noch keine umfassenden Antworten. In vielen Bereichen setzen die historische Forschung und die öffentliche Debatte dazu gerade erst ein. Daher verstehen wir diese Ausstellung als Werkstatt, als Forschungs- und Diskussionsraum und als wichtigen Schritt in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Hauses. Wir laden Sie ein, verschiedene Standpunkte zu Themen und Objekten einzunehmen, einen neuen Blick auf Altbekanntes und scheinbar Selbstverständliches zu richten, die eigene Sichtweise zu hinterfragen oder in die Ausstellung einzubringen.

Der Fokus der Ausstellung liegt auf der Zeit von 1882 bis 1943. Darüber hinaus wird nach Kontinuitäten des Kolonialismus bis in die Gegenwart gefragt. Der Anspruch ist dabei nicht, Kolonialismus in all seinen Facetten darzustellen. Wichtig sind der transparente Umgang und die

kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und die damit verbundene Verantwortung für vergangenes, gegenwärtiges und zukünftiges Arbeiten mit diesem schwierigen Erbe.

### EIN KLEINES OBJEKT ALS ZEUGE KOLONIALER GEWALT

Teil des schwierigen Erbes des Linden-Museums ist auch eine kleine Buddha-Figur. Laut den Angaben des Sammlers Carl Waldemar Werther wurde sie in Tibet gefertigt und befand sich im *Tempel der 10.000 Buddhas in der Kaiserstadt*. Vermutlich meinte er damit den Lama-Tempel Yonghegong in Peking. Werther nahm als Leiter der Nachrichten-Expedition der deutschen Streitkräfte an einem Krieg in Ostasien teil, dem sogenannten „Boxerkrieg“ 1900/01. Zuvor war er bereits in Deutsch-Ostafrika im Kolonialdienst tätig gewesen und dort mit Grausamkeiten gegenüber der Bevölkerung aufgefallen.

Diese Haltung zeigte er auch im „Boxerkrieg“ und auf seiner Mission zur *Vernichtung des Heidentums*. Das „Wegnehmen“ von Objekten, das er in seinem Brief an Karl von Linden, den Direktor und Begründer des Museums für

Völker- und Länderkunde, beschreibt, ist eindeutig als Plünderung zu betrachten. Der Vergleich, dass diese Figur, wie auch viele Chinesen, *den Kopf verloren* hätte, verharmlost brutale Gewalt und die zahlreichen Enthauptungen der Unterlegenen während des Krieges und der Besatzung.

*Endlich: Der clou [sic] der Kiste, 1 Stueck getriebene, vergoldete Kupferarbeiten, die ich im Interesse der Vernichtung des Heidentums aus dem Tempel der 10000 Buddhas in der Kaiserstadt hier weggenommen habe. Dieselben sind, wie mir von Sachverstaendigen gesagt wurde, schon sehr alt und in Tibet gearbeitet. Auch ein Thonbuddha aus demselben Tempel befindet sich dabei, der jedoch den Kopf verloren hat, was hier vielen Leuten passiert. Ich habe versucht, denselben anzuleimen.*  
Carl Waldemar Werther an Karl Graf von Linden, 07.12.1900

#### DIE NICHT MEHR VORHANDENEN ZEUGEN

Wie ging das Museum früher mit seinen Objekten um? Auch diese Frage beschäftigt sich kritisch mit der Geschichte des Linden-Museums und seinem damaligen Trägerverein. Denn: Die Sammlung von Werther umfasste ursprünglich 126 Objekte aus China, von denen heute allerdings nur noch 45 im Besitz des Museums sind. Von den sieben Buddha-Figuren, die Werther in Peking plünderte, befindet sich nur noch die hier abgebildete im Museumsbesitz.

Das Verschenken, Verkaufen und Tauschen von Objekten war gängige Museumspraxis.

Dies war möglich, weil das Linden-Museum bis 1973 unter privater Trägerschaft des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie stand und frei über die Objekte verfügen konnte. Besonders in den 1950er und 1960er Jahren wurden unzählige Objekte an Privatpersonen und Händlerinnen und Händler abgegeben. Die beschädigte Buddha-Figur war vermutlich weniger attraktiv als Geschenk bzw. als Verkaufs- oder Tauschobjekt und blieb deshalb dem Museum bis heute erhalten.

#### OBJEKTE DER CHINESISCHEN KAISERFAMILIE IN STUTTGART

Das Linden-Museum beherbergt aber noch weitere Objekte, die einen Bezug zum „Boxerkrieg“ aufweisen. Der „Boxerkrieg“ endete 1901 mit Friedensverhandlungen und dem Abschluss des sogenannten „Boxer-Protokolls“. Dieses sah unter anderem eine chinesische Sühnegesandtschaft vor, die sich in Berlin vor dem Kaiser für den Mord am deutschen Botschafter entschuldigen musste. Mit der Leitung dieser demütigenden Aufgabe wurde Prinz Chun betraut. Die Delegation brachte wertvolle Geschenke aus kaiserlichem Besitz mit. Da Kaiser Wilhelm II. die persönliche Annahme verweigerte, wurden sie an Museen verteilt. Drei Objekte davon kamen 1902



Lichtschirm. China, Qing-Dynastie (1644–1911), Jade-Nephrit, Holz.  
Aus dem Besitz von Kaiserinwitwe Cixi, Slg. Landesgewerbemuseum, 1933  
(Linden-Museum Stuttgart, Inv.-Nr. LGM 28752; Foto: Dominik Drasdow, Linden-Museum Stuttgart)

Räuchergefäß. China, Ming-Dynastie (1368–1644), Bronze, Schmuckstein.  
Aus dem Besitz von Kaiser Guangxu, Slg. Landesgewerbemuseum, 1933  
(Linden-Museum Stuttgart, Inv.-Nr. LGM 28751; Foto: Dominik Drasdow, Linden-Museum Stuttgart)

nach Württemberg; über die Königlich Württembergische Zentralstelle für Gewerbe und Handel und das Landesgewerbemuseum gelangten sie 1933 schließlich in das Linden-Museum.

### GEDENKEN AN DIE GEFALLENEN WÜRTEMBERGER IN DEN KOLONIALKRIEGEN

Kriege sind immer mit dem Verlust von Menschenleben verbunden – auf beiden Seiten der Kriegsteilnehmer. Die eigenen Gefallenen wurden oft mit Gedenksteinen oder -tafeln gewürdigt; auf diese Weise wurden sie in Erinnerung und Ehren gehalten. So gibt es bis heute zahlreiche Denkmäler für die Gefallenen vieler verschiedener Kriege – und eben auch der Kolonialkriege.

Auf dem Waldfriedhof in Stuttgart-Degerloch befindet sich ein „Krieger-Ehrenfeld“ genanntes Denkmal- und Gräber-Ensemble. Darin steht unter anderem ein Gedenkstein, der für die in den Kolonialkriegen gefallenen Württemberger errichtet wurde. Bei seiner Einweihung im Mai 1929 gab es Stimmen, die Kolonien forderten und für die Zukunft die Parole ausgaben: *Mit Gott für deutsche Ehr', daheim und überm Meer!* Eine andere, ebenfalls bereits zeitgenössische Perspektive auf diesen kolonialen Gedenkort liefert ein Artikel über die Aufstellung der Stele in einer Arbeiterzeitung: *Das Denkmal versteinert den blutigen Massenmord.*

Die Frage, die sich hier stellt, ist: Wie soll heute mit diesem Erinnerungsort umgegangen werden? Mit einem kolonialen Erinnerungsort, der unkommentiert im öffentlichen Raum zu finden ist?

### KOMMEN SIE MIT UNS INS GESPRÄCH!

Die Werkstattausstellung soll während der Ausstellungszeit verändert, ergänzt und überarbeitet werden. Hierfür brauchen wir Sie! Die Diskussion



Gedenkstein auf dem Waldfriedhof in Stuttgart-Degerloch (Foto: Dominik Drasow, Linden-Museum Stuttgart)

über den Umgang mit dem schwierigen Erbe der Kolonialzeit ist nicht abgeschlossen, vielmehr lebt sie von Ihren Kommentaren und Hinweisen. Wir laden Sie ein, sich an den interaktiven Stationen zu beteiligen und uns Ihre Anmerkungen zur Ausstellung, zu einzelnen Themen und Textstellen mitzuteilen. Hierfür gibt es am Ende der Ausstellung eine Kommentarstation. Sie haben vielleicht auch eigene Geschichten oder Objekte, die Sie einbringen möchten, oder möchten mit uns kooperieren? Dann Sie schreiben Sie uns an: [schwieriges-erbe@lindenmuseum.de](mailto:schwieriges-erbe@lindenmuseum.de).

Markus Himmelsbach, Heiko Wegmann



AUSSTELLUNG

### SCHWIERIGES ERBE – LINDEN-MUSEUM UND WÜRTEMBERG IM KOLONIALISMUS. EINE WERKSTATT-AUSSTELLUNG

bis 8. Mai 2022  
Linden-Museum Stuttgart  
Hegelplatz 1 – 70174 Stuttgart

Zur Ausstellung erscheint eine Publikation, die über das Museum zu beziehen ist.

Nähere Informationen zur Ausstellung und zum umfangreichem Begleitprogramm: [www.lindenmuseum.de](http://www.lindenmuseum.de)

# 1700 JAHRE JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND

Ausstellungen im Hauptstaatsarchiv Stuttgart und Stadtarchiv Stuttgart

## AUSGRENZUNG – RAUB – VERNICHTUNG: NS-AKTEURE UND „VOLKSGEMEINSCHAFT“ GEGEN DIE JUDEN IN WÜRTTEMBERG UND HOHENZOLLERN 1933–1945

Ausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart

Die Enteignung und wirtschaftliche Existenzvernichtung der jüdischen Bevölkerung durch die Nationalsozialisten gilt in der Forschung als wohl umfassendste Raubaktion an einer Bevölkerungsgruppe in der neueren Geschichte Europas. Zugleich war die Ausplünderung im Namen der rassenantisemitischen Staatsdoktrin fester Bestandteil eines Auslöschungsprozesses, der schließlich im Holocaust, in der Ermordung von sechs Millionen jüdischer Männer, Frauen und Kindern aus ganz Europa, endete.

Die Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung war auch in Württemberg und Hohenzollern ideologisch eng mit ihrer physischen Vernichtung verknüpft. Die Vorgänge auf regionaler Ebene wurden in den letzten Jahren erstmals im Rahmen eines vom Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e. V. initiierten Projekts erforscht. An dem Projekt beteiligt waren sowohl Historikerinnen und Historiker wie auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätten, die sich seit vielen Jahren um die Aufarbeitung der Geschehnisse vor Ort bemühen. Die Ergebnisse sind in einem von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegebenen umfangreichen Sammelband veröffentlicht worden. Auf ihnen basiert die Wanderausstellung,

die vom Gedenkstättenverband gemeinsam mit dem Landesarchiv, Abteilung Staatsarchiv Ludwigsburg umgesetzt wurde.

Die Ausstellung bietet einen Überblick über die rechtlichen, administrativen und politisch-ideologischen Rahmenbedingungen, welche die vollständige Enteignung der jüdischen Bevölkerung ermöglichten. Sie beleuchtet zudem das effiziente System wechselseitiger Radikalisierungs- und Steuerungsmaßnahmen, mit denen NSDAP, Bürokratie, Wirtschaft und „Volksgemeinschaft“ die Ausraubung vorantrieben; auch stellt sie die wichtigsten Akteure auf regionaler Ebene vor. An ausgewählten Beispielen wird das Schicksal von Händlern, Unternehmern, Freiberuflern wie auch allgemein von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern vor Augen geführt und so an das gewaltige Unrecht, das ihnen zugefügt wurde, erinnert.



### AUSSTELLUNG

#### AUSGRENZUNG – RAUB – VERNICHTUNG: NS-AKTEURE UND „VOLKSGEMEINSCHAFT“ GEGEN DIE JUDEN IN WÜRTTEMBERG

9. Juni bis 6. August 2021  
Hauptstaatsarchiv Stuttgart,  
Konrad-Adenauer-Str. 4

#### Öffnungszeiten:

Mo 9.15–17.00 Uhr, Di, Mi 8.30 bis 17.00 Uhr,  
Do 8.30–19.00 Uhr, Fr 8.30–16.00 Uhr



Der gleichnamige Sammelband ist in der Ausstellung und bei der Landeszentrale für politische Bildung zum Preis von 18,00 Euro erhältlich.





*Ernst Guggenheimer im Alter von 71 Jahren, 1951  
(Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs)*

*Oscar Bloch, um 1931 (CCBy-SA 3.0)*

## BLOCH & GUGGENHEIMER STUTTGARTER BAUTEN UND JÜDISCHES LEBEN

### Ausstellung des Staatsarchivs Stuttgart

Im Jahr 1909 begründeten die Architekten Oscar Bloch (1881–1937) und Ernst Guggenheimer (1880–1973) ein Architekturbüro, das sich zu einer bekannten Adresse für jüdische Bauherren überwiegend in Württemberg entwickelte. Der Baustil der Architekten ist seit 1927 durch die Hinwendung zum Funktionalismus der Neuen Sachlichkeit gekennzeichnet, wie er in der Weißenhofsiedlung seinen Ausdruck fand. Nach 1933 in ihrer Berufsausübung zunehmend eingeschränkt, entwarfen die Architekten u.a. Pläne für die Jüdische Schule.

Bloch starb 1937 in Stuttgart, Guggenheimer musste sich als Bautagelöhner und Friedhofsgärtner durchschlagen und überlebte die Shoa zuletzt in einem Versteck. Er begründete 1945 ein neues Büro und errichtete 1949–1952 die neue Stuttgarter Synagoge auf den Grundmauern des 1938 zerstörten Vorgängerbaus.

Die Ausstellung stellt Stuttgarter Bauten der Architekten vor im Kontext der Geschichte der Stuttgarter jüdischen Gemeinde.



#### AUSSTELLUNG

### BLOCH & GUGGENHEIMER. STUTTGARTER BAUTEN UND JÜDISCHES LEBEN

10. Juni bis 14.11.2021  
Stadtarchiv, Bellingweg 21,  
70372 Stuttgart  
Die Ausstellung wird im Innenhof des Stadtarchivs gezeigt.

Öffnungszeiten:  
werktags von 9 bis 20 Uhr  
von Juni bis Ende September sonntags 11–17 Uhr

In der Veröffentlichungsreihe des Stadtarchivs  
Stuttgart bereits erschienen:  
Dietrich W. Schmidt:  
Bloch & Guggenheimer.  
Ein jüdisches Architekturbüro in Stuttgart,  
Ubstadt-Weiher u.a. 2020, 143 teils farbige Abb.,  
ISBN 978-3-95505-249-2  
24,80 Euro

## DIE ZIRKUMSKRIPTIONSBULLE PROVIDA SOLERSQUE VON 1821: DIE ERRICHTUNG DER OBERRHEINISCHEN KIRCHENPROVINZ UND DER DIÖZESE ROTTENBURG



Zirkumskriptionsbulle „Provida solersque“, Pergament mit anhängendem Bleisiegel, Latein., Rom 1821 August 16 (HStA Stuttgart E 100 Nr. 489)

Mit den infolge der napoleonischen Flurbereinigung 1803 bis 1810 an Württemberg gelangten Gebieten kamen über 400.000 Katholiken unter württembergische Herrschaft. Die evangelische Kirche konnte daher nicht länger alleinige Staatskirche sein. Mit dem Religionsedikt vom 15. Oktober 1806 räumte König Friedrich von Württemberg den drei „anerkannten christlichen Konfessionen“ – der evangelisch-lutherischen, der römisch-katholischen und der reformierten – die Gleichberechtigung im Staat ein. Die Kirchen waren dem staatlichen Regiment unterworfen. Die evangelische Landeskirche büßte zum großen Teil ihre Selbstverwaltung ein. Ihr reicher Besitz an Land und Einkünften, das Kirchengut, wurde vom Staat eingezogen. Mit der Säkularisation fiel das enorme Vermögen der katholischen Klöster und Stifte an den Staat. Die neuen katholischen

Untertanen hatten bislang fünf Bistümern angehört: Konstanz, Augsburg, Würzburg, Worms und Speyer; hinzu kamen noch die Katholiken der exemten Fürstpropstei Ellwangen. Da keines dieser alten Bistümer sein Zentrum in Württemberg hatte, strebte König Friedrich die Errichtung eines eigenen Landesbistums an.

Erste Konkordatsverhandlungen zwischen Württemberg und dem Vatikan in den Jahren 1807 bis 1811 scheiterten am Widerstand Napoleons. 1812 gründete König Friedrich eigenmächtig ein Generalvikariat und eine Katholische Landesuniversität in Ellwangen; Ellwangen sollte das Zentrum des katholischen „Neuwürttemberg“ werden. Sein Sohn König Wilhelm I. verwarf aber die konfessionelle Teilung des Landes, verlegte 1817 die Ellwanger Hochschule nach Tübingen und gliederte sie als Katholisch-Theologische



Papst Pius VII., Porträt von Jaques-Louis David, 1805 (The Yorck Project, 10.000 Meisterwerke der Malerei, DVD, 2002)

Fakultät der Universität an. Das Generalvikariat zog ins nahe Rottenburg – die katholische Stadt, die der Landeshauptstadt am nächsten lag und daher eine effektivere staatliche Kontrolle ermöglichte. Mit der Martinskirche und den ehemaligen Ordenshäusern bot das einst vorderösterreichische Rottenburg gute Voraussetzungen für die kirchliche Behörde. Allerdings haderten nicht wenige mit der Entscheidung, existierten doch repräsentativere Gotteshäuser in Weingarten, Zwiefalten oder Neresheim. Alle Stellen des Generalvikariats wurden vom Staat besetzt, der damit die kirchliche Oberbehörde vollständig in der Hand hatte. Die staatliche Oberaufsicht über die katholische Landeskirche lag beim „Katholischen Kirchenrat“, der dem Kultministerium nachgeordnet war. Seine Kompetenzen beschränkten sich nicht nur auf Finanzen oder formale Kontrolle, sondern er konnte auch eine aktive Kirchenpolitik betreiben, die sogar Entscheidungen in liturgischen Angelegenheiten einschloss.

Nachdem die großen deutschen Länder eigene Abkommen mit Rom betrieben hatten und auch der Wiener Kongress eine einheitliche Lösung der deutschen Kirchenfrage verhindert hatte, trafen sich ab 1818 auf Initiative Württembergs die Vertreter der Mittelstaaten im deutschen Südwesten zu den sogenannten Frankfurter Konferenzen. Ziel war es, gemeinschaftlich Prinzipien zu verabschieden, auf deren Basis sie mit Rom zu

einem gemeinsamen Konkordat kommen könnten. Es gelte, so der württembergische Vertreter Karl August von Wangenheim, dem finsternen „römischen System“ ein „Frankfurter System“ entgegenzustellen und ein Kirchensystem einzuführen, *wodurch das Kirchenwesen mit der Verfassung des Staates und dem Stande der gegenwärtigen Aufklärung in Einklang gebracht wird, um dem Papalsystem, welches die Staaten neuerdings mit Obskurantismus bedroht, für immer Schranken zu setzen.*

Die Mittelstaaten scheiterten aber mit ihrem Vorhaben, dem Papst die in Frankfurt verabschiedete Deklaration einfach zu übergeben und ohne lange Diskussion eine Bestätigung ihrer staatlichen Vorstellungen zu erhalten. Rom verwarf die Deklaration in allen wesentlichen Punkten und bestand auf der absoluten Zuständigkeit des Papstes in Sachen der katholischen Kirche in Deutschland. Als Zwischenlösung bot die Kurie an, zunächst die neu zu errichtenden Diözesen zu beschreiben und eine neue Kirchenprovinz zu errichten, um anschließend die offenen Punkte, vor allem das Verhältnis des Papstes zur Kirche in Deutschland, zu klären.

Mit der Bulle *Provida solersque* vom 16. August 1821 begründete Papst Pius VII. (1742–1823; Papst ab 1800) die Oberrheinische Kirchenprovinz mit dem Erzbistum Freiburg (für Baden, Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen), den Bistümern Rottenburg (für

Württemberg), Mainz (für Hessen-Darmstadt), Fulda (für Kurhessen) sowie Limburg (für Nassau und Frankfurt).

*Die fürsehende und eifrige Sorgfalt der Römischen Päbste habe, so Pius VII., im Interesse der Kirche und zur besseren Obhut und Pflege der Heerde, dazu bewogen, bald neue bischöfliche Sitze zu errichten, bald einige derselben zu versetzen, um unter dem Segen des Herrn der Erndte für die geistige Wohlfahrt des gläubigen Volkes dadurch geeignete Schutzwehre zu errichten. Zu diesem Zweck hätten die vereinigten protestantischen Staaten eine Gesandtschaft nach Rom geschickt. Da man sich aber nicht über alle kirchlichen Gegenstände habe einigen können, Wir gleichwohl die Hoffnung nicht aufgeben, daß dieses in der Folge [...] noch werde geschehen können, so haben Wir, damit unterdessen die in jenen Gegenden wohnenden Gläubigen, welche Wir in Betreff der geistlichen Verwaltung in die größte Noth versetzt sehen, nicht länger eigener Hirten entbehren müssen, zur Errichtung einiger bischöflicher Sitze in den vorzüglicheren Städten und Gebieten jener Fürsten und Staaten und Umschreibung der Diöcesen vorzuschreiten beschlossen, um auf das geschwindeste jene Kirchen mit eigenen Bischöfen versehen zu können.*

Dazu würden zunächst die alte Diözese Konstanz und die exemte Fürstpropstei Ellwangen aufgelöst. An deren Stelle werde Freiburg, die Hauptstadt im Breisgau, zur erzbischöflichen Stadt erhoben; *desgleichen Rottenburg am Neckar, ehemals die Hauptstadt des Herzogthums Hohenberg, mitten im Königreiche Württemberg, mit einem Provinzial-Justiz-Collegium und 5500 Einwohnern, zur bischöflichen Stadt, und den dort befindlichen sehr ansehnlichen Tempel unter Anrufung des heiligen Martin [...] zur bischöflichen Kirche.*

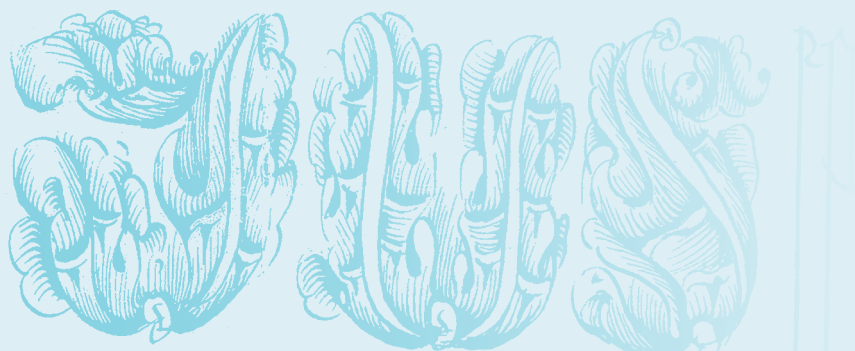
Rottenburg erhielt ein Domkapitel, bestehend aus einem Domdekan und sechs Kanonikaten, dazu kamen sechs Dompräbenden. Am Bischofs-sitz, so verlangte der Papst, solle zudem ein Tridentinisches Seminar errichtet werden, was dem württembergischen Konzept zur Priesterausbildung diametral widersprach.

Die neue Diözese bestand aus etwa 650 Pfarreien: 490 Pfarreien kamen aus dem aufgehobenen Bistum Konstanz, 28 aus dem Bistum Augsburg, 65 aus dem Bistum Würzburg; Speyer musste drei, Worms vier Pfarreien an Rottenburg abgeben. Dazu kam noch das Gebiet der exemten Fürstpropstei Ellwangen.

Zum Vollstrecker der Zirkumskriptionsbulle ernannte Pius VII. den Rottenburger Generalvikar und Titularbischof von Evara, Johann Baptist von Keller (1774–1845). Er hatte dafür zu sorgen, dass die Staaten die zugesagte Dotation der Bistümer und der dazu gehörenden Einrichtungen zügig umsetzen.

In der Folgezeit stritten Staat und Kirche erbittert darüber, wer den neuen Bischof wählen beziehungsweise ernennen durfte. Erst am 20. Mai 1828 konnte Johann Baptist von Keller nach Ausstellung des königlichen Fundationsinstruments als erster Rottenburger Oberhirte auf dem Bischofsstuhl Platz nehmen. Damit kam der über ein Vierteljahrhundert dauernde Prozess der Neuordnung der katholischen Kirche im deutschen Südwesten zum Abschluss. (Deutscher Text der Bulle: [https://recht.drs.de/fileadmin/user\\_files/117/Dokumente/Rechtsdokumentation/1/1/provida\\_solersque.pdf](https://recht.drs.de/fileadmin/user_files/117/Dokumente/Rechtsdokumentation/1/1/provida_solersque.pdf); Lit.: Geschichte der Diözese Rottenburg-Stuttgart, hg. von Andreas Holzem und Wolfgang Zimmermann, Bd. 1, Ostfildern 2019).

Nicole Bickhoff



#### IMPRESSUM

Der Rundbrief erscheint halbjährlich / Herausgeber: Dr. Nicole Bickhoff im Auftrag des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins e. V., Stuttgart / Gestaltung adposit-design Katharina Schmid, Kirchheim u. T. / Druck Gulde-Druck, Tübingen / Nachdruck und Vervielfältigung auch auszugsweise nur mit Genehmigung des Herausgebers.

KOMMISSION FÜR GESCHICHTLICHE  
LANDESKUNDE

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESCHICHTE DES  
OBERRHEINS

168. Jahrgang 2020  
Stuttgart: W. Kohlhammer  
[XII], 823 Seiten  
Fester Einband/Fadenheftung  
ISBN 978-317-03937-0  
ISSN 0044-2607

49,00 Euro



*Sabine Holtz und Sylvia Schraut (Hrsg.)*  
100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT IM DEUTSCHEN  
SÜDWESTEN

Eine Bilanz  
(=Reihe B: Forschungen, 228. Band)  
Stuttgart: W. Kohlhammer 2020  
IX, 343 S., 22 sw-Abb., 4 Tabellen und 3 Karten, Register  
Fester Einband/Fadenheftung  
ISBN: 978-3-17-039338-7

28,00 Euro

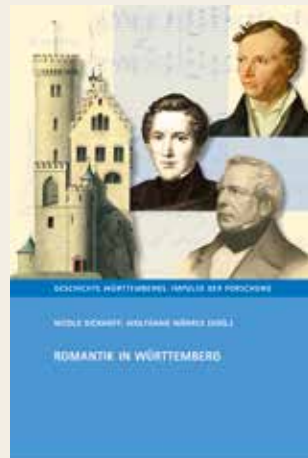


VERFASSUNGEN UND VERFASSUNGSJUBILÄEN  
IN BADEN UND WÜRTTEMBERG

1818/19 - 1919 - 2019  
Hg. von Martin Furtwängler  
in Verbindung mit Nicole Bickhoff, Ernst Otto  
Bräunche und Konrad Krimm  
(=Reihe B: Forschungen, 229. Band)  
Stuttgart: W. Kohlhammer 2020  
VI, 273 Seiten, 15 sw-Abb., Register  
Fester Einband/Fadenheftung

28,00 Euro

WÜRTTEMBERGISCHER GESCHICHTS-  
UND ALTERTUMSVEREIN



*Wolfgang Mährle / Nicole Bickhoff (Hrsg.)*  
ROMANTIK IN WÜRTTEMBERG  
(Geschichte Württembergs. Impulse der Forschung,  
6. Band)

Stuttgart: W. Kohlhammer 2020  
254 Seiten, gebunden  
ISBN: 978-3-17-039340-0

28,00 Euro

LANDESARCHIV  
BADEN-WÜRTTEMBERG



*Konrad Krimm (Bearb.)*  
ARCHIV DER FREIHERREN UND GRAFEN  
VON HELMSTATT

Urkundenregesten 1258-1877  
(Inventare der nichtstaatlichen Archive in  
Baden-Württemberg, 40. Band)  
Stuttgart: W. Kohlhammer 2020

600 Seiten, kartoniert  
ISBN: 978-3-17-035358-9

85,00 Euro



Alle Publikationen dieser Liste können von  
Mitgliedern des Vereins mit einem Rabatt von  
20 % bezogen werden. Bestellungen bitte über  
die Geschäftsstelle des Vereins.

*Die Ausstellungen sind in der Reihenfolge der Schlusstermine aufgeführt.*

*Aktuelle Änderungen und Öffnungszeiten sind den Homepages der Museen und Einrichtungen zu entnehmen.*

**GEZÄHMTE BERGE. ALPINE LANDSCHAFTEN  
IM BLICK BADISCHER FOTOGRAFEN**  
Karlsruhe, Generallandesarchiv  
bis 30.04.2021

**DER SCHATZ DER MÖNCHEN. LEBEN UND  
FORSCHEN IM KLOSTER ST. BLASIEN**  
Freiburg, Augustinermuseum  
bis 16.05.2021

**DIE KAISER UND DIE SÄULEN IHRER MACHT.  
VON KARL DEM GROSSEN BIS FRIEDRICH  
BARBAROSSA**  
Mainz, Landesmuseum  
bis 13.06.2021

**MEDICUS. DIE MACHT DES WISSENS**  
Speyer, Historisches Museum der Pfalz  
bis 13.06.2021

**SCHWARZ AUF WEISS.  
DAS RÄTSEL DER STEINZEITSCHIBEN  
AUS DEM BLAUTAL**  
Ulm, Museum  
bis 13.06.2021

**IN UNSERER ERDE. GRABFUNDE DES  
FRÜHEN MITTELALTERS IM SÜDWESTEN**  
Rottenburg, Diözesanmuseum  
bis 04.07.2021

**SCHÖN UND GEFÄHRLICH.  
DIE HOHE SEE IM 19. JAHRHUNDERT**  
Baden-Baden, Museum LA8  
bis 06.09.2021

**5 VOR! 5 JAHRE VOR DEM 500. JUBILÄUM  
DES DEUTSCHEN BAUERNKRIEGS**  
Böblingen, Deutsches Bauernkriegsmuseum (Zehntscheuer)  
bis 04.07.2021

**AUSGRENZUNG – RAUB – VERNICHTUNG:  
NS-AKTEURE UND „VOLKSGEMEINSCHAFT“  
GEGEN DIE JUDEN IN WÜRTTEMBERG**  
Stuttgart, Hauptstaatsarchiv  
09.06.–08.08.2021

**LIEBE. GIER. HASS. WAS UNS BEWEGT.**  
Stuttgart, Haus der Geschichte  
bis 19.09.2021

**AUSGRENZUNG UND VERFOLGUNG. RAVENS-  
BURGER SINTI IM NATIONALSOZIALISMUS**  
Ravensburg, Museum Humpis-Quartier  
bis 26.09.2021

**KRIEGSENDE! KRIEGSENDE?  
REUTLINGEN NACH 1945**  
Reutlingen, Reutlinger Heimatmuseum  
22.05.–03.10.2021

**LICHT LEUCHTET – DIE WALDENSER  
IN EUROPA UND WÜRTTEMBERG**  
Stuttgart, Bibliorama – Das Bibelmuseum Stuttgart  
bis 24.10.2021

**BEYOND STATES. ÜBER DIE GRENZEN  
VON STAATLICHKEIT**  
Friedrichshafen, Zeppelin-Museum  
bis 07.11.2021

**BLOCH & GUGGENHEIMER  
STUTTGARTER BAUTEN UND JÜDISCHES LEBEN**  
Stuttgart, Stadtarchiv (Innenhof)  
10.06.–14.11.2021

**GEORG ELSER – DER ATTENTÄTER**  
Zeichnungen von Kurt Grabert  
Stuttgart, Hotel Silber  
bis 28.11.2021

**HIER STEHE ICH. GEWISSEN UND  
PROTEST – 1521–2021**  
Worms, Museum der Stadt Worms im Andreasstift  
3.07.–30.12.2021

**FREIBURG. ARCHÄOLOGIE – LEBEN IN DER STADT**  
Freiburg, Archäologisches Museum Colombischlössle  
bis 09.01.2022

**MAGISCHES LAND. KULT DER KELTEN  
IN BADEN-WÜRTTEMBERG**  
Konstanz, Archäologisches Landemuseum  
Baden-Württemberg  
24.06.2021–09.01.2022

**RENDEZVOUS. FRANKREICHS MILITÄR  
IN DER PFALZ 1945–1999**  
Speyer, Historisches Museum der Pfalz  
09.05.2021–29.01.2022

**EISZEIT SAFARI**  
Mannheim, Reiss-Engelhorn-Museen  
bis 13.02.2022

**WILHELM II.**  
Stuttgart, StadtPalais – Museum für Stuttgart  
2.10.2021–27.03.2022

**KÖNIG WILHELM II. VON WÜRTTEMBERG:  
WER WAR ER WIRKLICH?**  
Stuttgart, Hauptstaatsarchiv  
2.10.2021–27.03.2022

**FASHION?! WAS MODE ZUR MODE MACHT**  
Stuttgart, Landesmuseum  
bis 24.04.2022

**SCHWIERIGES ERBE. LINDENMUSEUM  
UND WÜRTTEMBERG IM KOLONIALISMUS**  
Stuttgart, Lindenmuseum  
bis 08.05.2022



# GESTERN GEPLANT – HEUTE VERWAIST

Wie viele andere Kultureinrichtungen auch, sind die Museen – mit einer kurzen Unterbrechung – seit Monaten geschlossen. Die mit viel Aufwand geplanten und realisierten Ausstellungen bleiben ohne Besucherinnen und Besucher. Als Ersatz bieten viele Museen online-Angebote und virtuelle Ausstellungsführungen. Auch die Ausstellungen des Hauptstaatsarchivs waren im letzten Jahr zum großen Teil nicht zugänglich. Diejenigen, denen ein Besuch nicht möglich war, können die Ausstellungen bei virtuellen Rundgängen erleben.



## AUSSTELLUNG „NATION IM SIEGESRAUSCH“

<https://www.landesarchiv-bw.de/de/themen/presentationen---themenzugaenge/71747>



## AUSSTELLUNG „DIE TOCHTER DES PAPSTES: MARGARETHE VON SAVOYEN“

<https://www.landesarchiv-bw.de/de/themen/presentationen---themenzugaenge/68544>

